

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementssatz pro Quartal M. 1 (ohne Beilage),
bei Zusendung unter Kreuzbuchstaben M. 140.

Herausgeber: Joh. Staudigl, verantwortl. Redakteur: F. Baeppler,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Bremnerstr. 11, 1. Et.

Bereins-Anzeigen
für die breitgepaltene Zeitzeile über
beren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halten Eueren im Klassenkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Der internationale Sozialistenkongress in Amsterdam. — Maurerbewegung: Streiks, Ausverkünfte, Maßregelungen, Differenzen. Aus Amerika. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gauborstände. Berichte. — Zentralratsektafe. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsre. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung: Von Kampf um die Rente. Aus dem Geschäftsbereich des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1903. — Eingegangene Schriften. — Briefeaten. — Anzeigen.

Der internationale Sozialistenkongress in Amsterdam.

Die Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ ist ihrer Erfüllung wiederum einen Schritt näher gekommen. 483 Vertreter der Arbeiter aller zwölffachen Länder des ganzen Erdalls waren in Amsterdam versammelt, um die Verbrüderung der ganzen Menschheit zu fördern und über Mittel und Wege zu beraten zur Verwirklichung der sozialistischen Idee: der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Bei der großen Verschiedenheit der Sprachen und der Eigenart der verschiedenen Nationen ist es keine leichte Sache, eine völlige Verständigung über alle das Proletariat berührende Fragen zu erzielen; wir können aber mit großer Freude konstatieren, daß der Amsterdamer Kongress mehr als seine Vorgänger die Aufgabe erfüllt hat, das Solidaritätsgefühl der Klassengenossen aller Länder zu heben und zu festigen.

Allerdings sind auch in Amsterdam bei einigen Verhandlungsgegenkämpfen die Meinungen und Ansichten hart aufeinander geplagt, so besonders bei der Erörterung der Taktik, der internationalen Regeln der sozialistischen Politik. Aber schließlich klangen auch hier die Nieden in einem verhältnismäßigen Schlußauszug aus. Beschllossen wurde, daß die Dresdener Resolution der deutschen Partei als Richtschnur für die Sozialdemokraten aller Länder zu gelten habe. Es wird darin ausgeprochen, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie fortgesetzt verschärfen und daß einer Überbrückung dieser Gegensätze und von einer Ablehnung der Sozialdemokratie an die liberalen Parteien nicht die Rebe sein kann. Nur schaffe, umwegte Befämpfung und die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft mit all ihren Wurzeln und Fasern kann zur Befreiung des Proletariats aus dem Joch der Knappheit führen.

Viel weniger Aufhebens, als man befürchten durfte, hat der Kongress von dem „Generalstreit“ gemacht. Daß ein wirklicher Generalstreit eine Unmöglichkeit sei, wurde nur von einigen französischen Delegierten und einem Vertreter der Berliner lokalen Gewerkschaften bestritten. Der Kongress hat aber unzweckmäßig ausgesprochen, daß er den absoluten Generalstreit in dem Sinne, daß alle Arbeit niebergelegt wird, für unausführbar hält, weil er jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht. Ferner hat der Kongress anerkannt, daß die Emancipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann. Die Möglichkeit, daß ein Massenstreit, der sich über einzelne für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige erstreckt, als äußerstes Mittel angewendet werden kann, um bedeutende gesellschaftliche und politische Veränderungen durchzuführen oder reaktiv-

närts Anschläge auf die Rechte der Arbeiter zurückzuweisen, muß zur Voraussetzung haben, daß die Arbeiter gewerkschaftlich und politisch aus bester organisiert sind. Der Kongress fordert darum auch die Arbeiter aller Länder auf, sich nicht durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreit davon abhalten zu lassen, den bedeutungsvollen täglichen Kleinstkampf auf gewerkschaftlichem, politischem und gesellschaftlichem Gebiete zu führen. Nur durch die Entwicklung ihrer Organisation, ihrer Einheit und Machthaltung im Klassenkampf kann die Arbeiterschaft zum Siege gelangen.

Über die Maifester ist im Plenum des Kongresses gar nicht diskutiert worden. Die vorberatende Kommission brachte folgende Resolution in Vorschlag, die vom Kongress ohne Widerspruch akzeptiert wurde:

„Ausgehend von der Erwagung, daß die Arbeiterdemonstration am 1. Mai den Zweck hat, an einem bestimmten Tage in allen Ländern mit moderner Arbeiterschwung einheitlich für die Forderungen der Arbeiterschaft, insbesondere für den Arbeiterschutz, den Arbeitundenstag, die Klassenforderungen der Arbeiterschaft und den Weltfrieden einzutreten und damit die Einheitsfähigkeit der Bewegung und der Forderungen der Arbeiter aller Länder zum Ausdruck zu bringen, in fernerer Erwagung, daß die Einheitsfähigkeit der Demonstration noch nicht gegeben ist, weil in einzelnen Ländern nicht am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai demonstriert wird, beschließt der Kongress: Im Anhange an die Beschlüsse des internationalen Kongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und Paris 1900 fordert der internationale Kongress zu Amsterdam die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und die Gewerkschaften aller Länder in der nachstehendsten Weise auf, alljährlich am 1. Mai für die gesetzliche Einführung des fünfzehnährigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden zu demonstrieren.“

Um zweckmäßig kommt die Demonstration am 1. Mai in der Arbeitswoche zum Ausdruck.

Der Kongress macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeiterrichtlinie am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterrichtlinie möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen.“

Über die Maifester war sich die deutsche Delegation nicht einig. Die Mehrzahl der deutschen Gewerkschaftsvertreter wollte von der Arbeitsruhe am 1. Mai Abstand nehmen und die Demonstration in Abendveranstaltungen legen, so daß der Mehrzahl der Arbeiterschaft die Teilnahme ermöglicht sei. Bei der Majorität der deutschen Delegierten fand diese Anregung jedoch keine Gegenliebe. Es ist ja nicht zu verneinen, daß die Maifester bisher viel zu wolnschen übrig gelassen hat, aber die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands propagierte Form können auch wir nicht für zweckmäßig erachten. Überdies halten wir es für ganz unangebracht, so kurzerhand, ohne die Stellungnahme der deutschen Arbeiterschaft abzuwarten, einen Abänderungsantrag an den internationalen Kongress zu bringen. Will man deutschsprachig eine Anerkennung herbeizuführen, so muß unseres Erachtens eine Verständigung der Gewerkschafts- und Parteileitungen vorausgegangen sein, und weiterhin müssen Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und des Parteitages vorliegen. Wir werden es für zweckmäßig halten, wenn der diesjährige Parteitag in Bremen den Parteivorstand beauftragt, sich mit der Generalkommission ins Einvernehmen zu setzen, damit dem nächstjährigen Gewerkschaftskongress und den Parteitagen Gelegenheit gegeben werde, eingetaktete Beschlüsse zu fassen, die dann auf dem nächsten internationalen Kongress, der wahrscheinlich im Jahre 1907 in Stuttgart tagen wird, zu vertreten wären. Bis

dahin bleibt die Amsterdamer Resolution maßgebend. Daß schon der diesjährige deutsche Parteitag eine gegenstrebige Stellung zum internationalen Kongress in puncto Maifester eingenommen hätte, wie es von einigen Pressestimmen erwartet wird, halten wir für unbestreitbar.

Eine andere für die Gewerkschaften sehr wichtige Frage betrifft die Ein- und Auswanderung. Leider konnte diese Angelegenheit der vorgerückten Zeit halber nicht in erreichbarer Weise auf dem Kongress behandelt werden. Dem Kongress lagen zwei Resolutionen vor, die aber beide auf Widerstand stießen. Die Mehrheit der vorheradenden Kommission hatte beantragt:

„Der Kongress erklärt, daß der austreibende Arbeiter das Opfer der kapitalistischen Herrschaft ist, die ihn zwangsweise aus seinem Land zu verlassen, um sich in seinem Leben zu freien oder seine Freiheit zu sichern. Der Kongress leugnet nicht, wie gefährlich für das Einwanderungsland der Zugang leichter, gefügiger und arbeitswilliger Elemente ist, die von gewissenlosen Kapitalisten herbeigeführt werden, um die eingeborenen Arbeiter durch billiges Arbeitsangebot zu unterstellen, um Streikbrecher zu stellen und stellenweise blutige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern verschiedener Länder herbeizuführen. Der Kongress verurteilt jedoch jede Geschäftsmethoden, welche die Auswanderung anderer oder fremde Arbeiter im Einwanderungsland auslösen oder schlechter behandeln sollte. Es erlässt vielmehr, daß in allen diesen Fällen eine Agitation geboten ist, welche Kläffläufig unter den von den Unternehmern unter falschen Vorstellungen herbeigeführten Arbeitern verbreitet; er ist überzeugt, daß jüngst der Einwirkung dieser Agitation von sozialistischer und gewerkschaftlicher Seite die eingewanderten Arbeiter nach einiger Zeit auf die Seite der eingeborenen und organisierten Arbeiter stellen und denselben sohn wie diese verlassen werden, und er verurteilt die kurzfristige Politik ausländischer Arbeiterschaften, die den Einwandernden den Rücken zu ihren Nächten verlegen.“

Der Kongress erlässt außerdem, daß es möglich ist, wenn die sozialistischen Vertreter in den Parlamenten verlangen, daß die Regierungen die zahlreichen Wohlthände, welche jenes Rohstoffexportimport hervorrufen, durch eine strenge und wirksame Kontrolle bekämpfen, und daß die sozialistischen Vertreter zu gleicher Zeit für eine Reform der Gesetzgebung eintreten sollen, nach welcher die Einwanderer in ihrer Recht die politischen und bürgerlichen Rechte im Einwanderungsland erwerben, sowie daß die verschiedenen Länder den Einwanderern diese Rechte durch Gleichsetzungsteuerablösungen zusichern.“

Der Kongress fordert schließlich die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftsorganisationen aller Länder auf, noch energischer als bisher unter den einwandernden Arbeitern die Agitation für Arbeiterorganisation und internationale Solidarität zu entfalten.“

Die holländischen, amerikanischen und australischen Kommissionsmitglieder schlugen eine Resolution vor, die darauf hinausläuft, die Einwanderung der Chinesen und Negei zu bekämpfen. Es wird darin gefordert:

„In Erwagung, daß Chinesen, Negei u. c. oft von Kapitalisten importiert werden, um die eingeborenen Arbeiter durch billiges Arbeitsangebot niederkauzen, und daß diese, die ein williges Ausbeutungsoberhaupt bilden, in einer nur militärisch verdeckten Sklaverei leben, erlässt der Kongress, daß die Sozialdemokratie die Anwendung dieses Mittels, das dazu dient, die Organisation der Arbeiter zu verhindern und dadurch den Fortschritt und die eventuelle Verwirklichung des Sozialismus auszuhindern, mit allen ihren Kräften zu bekämpfen hat.“

Der Vertreter unseres Verbandes rügt, daß die englischen und amerikanischen Gewerkschaften noch immer eine Politik der Abschließung gegenüber eingewanderten Arbeitern aufrecht erhalten. Er verlangt, daß sich die Gewerkschaften der Pflicht bewußt werden, die eingewanderten Arbeiter aufzuläutern und sie der Organisation zuzuführen und alle hindernden Schranken, wie

übermäßig hohes Eintrittsgeld usw., zu beseitigen. Ferner will aber unser Vertreter die Mahnung von Karl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ nicht so aufgefaßt wissen, daß die Arbeiter wirtschaftlich rückständiger Länder ohne Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse eines anderen Landes dieses durch schrankenlose Einwanderung überfluteten dürfen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution unseres Kollegen lag infolge der unzulänglichen Ueberseefracht und Druckeinrichtungen dem Kongreß noch nicht vor; es wurde aber auf Vorschlag des Präsidiums beschlossen, die Resolution dem Protokoll einzufügen. Hierauf wurde auf Antrag des Delegierten Kett Hardle-England beschlossen, über die Frage der Ein- und Auswanderung keinen Beschluß zu fassen, sondern sie dem nächsten Kongreß zur eingehenden Verhandlung zu überweisen. Das internationale Bureau soll inzwischen weiteres Material sammeln.

Der Punkt: Gewerkschaftsbewegung und Politik war nebst mehreren anderen von vornherein von der Tagesordnung abgesetzt worden, da vorauszusehen war, daß es an der Zeit zu ihrer Erledigung fehlen würde. Wie können dies nicht befallen. Die Erziehung der Arbeiter zu Sozialdemokratie läßt sich nicht durch Kongreßbeschlüsse bewerkstelligen. Unser Standpunkt in dieser Frage ist bekannt und wir halten es, allerdings für dringend wünschenswert, daß sich die Gewerkschaften aller Länder zu derselben Auffassung durchdringen möchten.

Nicht unverwähnt wollen wir lassen, daß die Sozialpolitik und Arbeiterversicherung eine eingeschneide Würdigung auf dem Kongreß erfuhr. Es ist ja bekannt, daß unser Unternehmertum mit großer Überhebung immer hinweist auf die großen Summen, die angeblich die deutschen „Arbeitgeber“ für die Arbeiterversicherung opfern, wie auch keine Gelegenheit vergeht, wo nicht der „Ruhm“ der staatlichen Arbeitersfürsorge im Deutschen Reich gegenüber anderen Nationen verklärt wird. Schon aus diesem Grunde war es notwendig, daß seitens der deutschen Delegation die „Arbeiterversicherung“ in das richtige Licht gerückt wurde. Außerdem mußte es aber auch durchaus als eine Aufgabe des internationalen Kongresses erachtet werden, die Parteigenossen der anderen Nationen zu verpflichten, gleichfalls die Arbeiterversicherung zu erlämpfen; einmal um ihrer selbst willen, zum andern aus Solidarität gegenüber den deutschen Arbeitern, denen die Einkämpfung weiterer und wichtiger Schutzbefreiungen dadurch erschwert wird, daß in manchen Ländern noch gar kein Anfang zum Arbeiterschutz vorhanden ist. Erheben die Arbeiter aller Länder die gleichen Forderungen in bezug auf die Arbeiterversicherung, so ist den deutschen Kapitalisten die Ursache zum Schreien genommen. Die Arbeiter aller Länder haben ein Interesse daran, die Versicherungsgesetzgebung ihres Staates vorwärts zu drängen, damit der Anfang zu einer rationalen Bekämpfung der Krankheiten, der Arbeitslosigkeit und der Unfälle gemacht wird. Werden diese Forderungen verwirklicht, so sind wir dem Ziele, jedem Menschen ein Recht auf das Existenzminimum zu sichern, einen Schritt näher gerückt. Und die Sicherung der Existenz für jeden Menschen ist der heilste Grundsatz, der die Arbeiterbewegung leitet.

Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem einige belanglose Änderungsanträge gegen wenige Stimmen abgelehnt worden waren:

In Erwägung, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so fangen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Tätigkeit langt, so daß sie in Not und Elend versinken, wenn sie berhindert sind, ihre Arbeitskraft zu veräußern, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit, weibliche Arbeiter auch durch Schwangerchaft oder Mutterschaft; in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeiterschaft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirkliche Arbeiterversicherungsgesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einsichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfall, Invalidität möglichst verhindert werden und durch obligatorische Versicherungsgesetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewahrt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerchaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu veräußern.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung durch direkte Steuern vom Vermögen, Einkommen und Gewinn prozentuell zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmen gezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitslohnes in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß diese Versicherungseinrichtungen unter die Selbstverwaltung der Betriebsräten gestellt und daß für einheimische wie ausländische Arbeiter

aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden.“

Ferner wurden Protestresolutionen angenommen gegen die Kolonialpolitik der herrschenden Gesellschaft und gegen die Vergewaltigung der streitenden Bergarbeiter in Colorado (Amerika), eine Resolution, worin der Kongreß dem russischen Proletariat seine Sympathie ausdrückt, eine Resolution zu Gunsten des Frauenwahlrechts und eine Resolution über die Trusts. In der letzteren wird gefragt, daß die Trusts die unvermeidliche Konsequenz der Konkurrenz in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind. In den Trusts werden die Großkapitalisten aller Länder und aller Industrien schnell an einer kompakten Einheit auf Basis gemeinschaftlicher Interessen zusammengeführt. Der Konflikt zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse wird immer schärfer. Die Produktion wird reguliert, die Verdwendung der Konkurrenz wird umgangen und die Leistungsfähigkeit der Arbeit vergrößert. Aber der ganze Vorteil fällt den Kapitalisten zu, und die Ausbeutung der Arbeit wird intensiver. Die sozialistischen Parteien aller Länder müssen sich aber von jeder Beteiligung an Gesetzgebungsversuchen gegen das Aufkommen und Wachstum der Unternehmerverbände fernhalten, weil solche Versuche aussichtslos und manchmal reaktionär sind. Die Bestrebungen der sozialistischen Parteien müssen auf die Sozialisierung der Produktionsmittel und deren Anwendung zum allgemeinen Nutzen und nicht auf Profit gerichtet sein. Der wachsende Gefahr, die die gemeinschaftliche Organisation der Arbeiter durch die Befestigung der Macht der Kapitalisten bedroht, müssen wir die Arbeiter der ganzen Welt einmütig gegenüberstellen, mit dem festen Willen, den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde der dankwürdige Kongreß geschlossen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Hamburg:

Zweigvereinsgebäude Hamburg (Sperre über Feck Söhne, Kühl-Altona und Peters-Eidelstedt);

Schleswig-Holstein:

Brunstbüttelkoog (Streik), Altheiderdorf (Sperre über Stöting in Laboe), Uetersen (Sperre über Hans Silau);

Mecklenburg:

Grabow (Streik), Rostock (Aussperrung);

Pommern:

Anklam - Lübs - Bucherow - Lassan (Streiks), Alt-Damnn (Sperre über E. Brand, Biemann & Co. und E. Vogelsang in Hockendorf), Swinemünde (Sperre über Nagel aus Anklam und über Krauel), Richtenberg - Franzburg (Sperre über Heuer), Kolberg (Sperre über Woschke), Greifswald (Differenzen);

Prov. Brandenburg:

Rathenow (Streik), Forst (Aussperrung), Wittstock (Sperre über Spangenberg);

Ost u. Westpreußen:

Königsberg, Marienburg, Strasburg (Streiks), Sensburg (Sperre über Rees);

Prov. Posen:

Gritz (Streik), Rawitsch (Sperre über Konrad in Mossel);

Schlesien:

Militzoh (Streiks), Liegnitz (Aussperrung), Zabrze, Kattowitz (partielle Streiks);

Königr. Sachsen:

Gemnitz (Streik), Leipzig (Sperre über die Bahnhofsbaute der Unternehmer Risse & Lingsleben aus Halle, Bornitz aus Dresden und Daniel Marin aus Spittelbergo);

Prov. Sachsen und Anhalt:

Barby, Calbe (Aussperrung), Tangermünde, Quedlinburg, Nordhausen (Streiks), Erfurt (Sperre über J. Schenk und Wagner), Merseburg (Sperre über Graul), Zerbst (Sperre über den Bau des Schlachthofs);

Hessen-Nassau:

Fulda (Streik);

Rheinprovinz:

Hanau bei Solingen, Bonn, Ehrenort, Bruckhausen, Marzloch, Hamborn, Walsum-Dinslaken, Melde-rich, Oberhausen und Umgeg. (Streiks), Steele, Kray, Caternberg, Rothausen, Gerresheim (partielle Streiks), Kaiserswerth (Sperre über die Bauten an der Diakonissenanstalt), Altenessen (Sperre über Jac. Pegels), Wiesdorf (Sperre über Kortlang), Barnim (Sperre über Hausberg), Grefeld (Differenzen).

Westfalen:

Bielefeld, Derne, Unna, Witten (Streiks), Brackwede (Sperre über Krisch);

Bremen:

Bremervoren - Geestemünde - Lehe (Aussperrung), Bremen (Streik).

Aus dem „christlichen“ Lager. In der Nr. 88 der „Baugewerkschaft“, die uns erst jetzt zu Gesicht kommt, wird über den Streit in Gräz (Posen) wie folgt berichtet:

Die Lage des Baugewerks hat sich insofern verändert, als jetzt der „freie“ Centralverband der Maurer Deutschlands die Streikverbände liefert. Das Vorstandsmitglied Otto Schulz von dessen Zweigverein Münsterburg a. d. Odra hat mit noch sechs Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Der betreffende Schulz steht sogar für diese Woche noch zehn Streikbrecher in Aussicht. Dieses ist dem Gauleiter des „freien“ Verbands, Wilhelm Schulz-Posen, von unserer Streikleitung sofort berichtet, aber bis jetzt ist eine Antwort noch nicht eingelaufen.

Wir nehmen von dieser Ausspürung vorläufig einfach Notiz, da es uns bis zur Drucklegung dieser Nummer nicht möglich ist, von Posen oder Münsterburg Auskunft über den Fall zu erlangen. Wir wollen aber doch sagen, daß wir sehr geneigt sind, die „Mittelung der „Baugewerkschaft““ als eine Unwahrheit anzusehen. Dies umso mehr, als unser Kollege Schulz-Posen erst kürzlich von einem „christlichen Matador“ praktisch verleumdet worden ist. Weitere wollen wir schon jetzt erfähren, daß wir zwar von einer Kompensation des Streikbruchs absehen, doch es aber der „Baugewerkschaft“ ungemein schlecht ansteht, anderen Leuten Streikbruch vorzumerken. Ist es denn der „Baugewerkschaft“ gar nicht bekannt, daß die von ihr vertretene Organisation, der „Verband christlicher Bauhandwerker“, in vielen Orten geradezu vom Streikbruch lebt? Wir danken doch, daß wäre geschichtlich. Wenn sich bei uns ein Mitglied des Streikbruchs schuldig macht, so wird es mit Schimpf und Schande aus dem Verband ausgeschlossen. Was aber macht der „christliche Verband“? Er organisiert die Streikbrecher zu dem Zweck, den Streikbruch als eine gute Tat zu glorifizieren. Wir brauchen nicht in die Vergangenheit zurückzuschauen. Aus der neuesten Zeit wird folgendes Fall aus Königsberg i. Pr. gemeldet:

Der hiesige Verband der Arbeitswilligen hat sich dem Centralverband christlicher Bauhandwerker angeschlossen. Unsere Leiter werden sich noch erinnern, daß nachdem der Maurerstreik hier am Orte sechs Wochen gedauert hatte, einige Maurer auf Veranlassung der Unternehmer und unter Führung des famousen Käfigs die Arbeit aufnahmen und auch noch mehrere Maurer zum Streikbruch verleitet wollten. Diese Leute haben sich auf Veranlassung des Unternehmers Laufer zu einem Verein zusammengetan, welches sich denn auch bisher alle Arbeitswilligen angeschlossen haben, unter anderen auch die Gebüder Matulka. Nun hat sich dieser Verein durch Vermittlung des Herrn Laufer, der in eigener Person in Berlin gewesen ist, dem genannten Verbande anschließen.

Das uns vorliegende Statut, das von dem Vorsitzenden J. Wiebeck unterzeichnet ist, enthält folgenden Kopf:

Satzung des

Ortsverbandes der Maurergesellen in Königsberg i. Pr.

I. Name und Umfang des Verbandes.

Der Verband ist eine Verwaltungsstelle des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhelfer Deutschlands und erkennt die Statuten desselben als für sich verbindlich an.

Ist es nicht einfach töricht? In anderen Orten kämpfen die „christlichen“ organisierten Kollegen Schuster an Schuster mit unseren Verbandskollegen und in Königsberg nimmt der „christliche“ Verband die Streikbrecher nicht nur als Mitglieder, sondern als Mitgliedschaft auf, um sie im Streikbruch zu führen. Und ein solcher Verband will auf „christliche Grundlage“ beruhen? Wer lacht da? Ja, es ist wirklich zum lachen. Am übrigen gratulieren wir zu der famousen „christlichen“ Gesellschaft in Königsberg.

Aus Bremerhaven wird unter dem 25. August berichtet: Ein etwa 60 Mann starker Trupp „Arbeitswilliger“ lange gestern Nacht mit dem letzten Zug auf dem hiesigen Bahnhof an. Es waren böhmische Maurer und Zimmerleute, die von den Unternehmern sofort in Empfang genommen wurden. Die Ausgepriesen hatten von dem Eintreffen des Transportes ebenfalls Kenntnis erhalten, und von dem natürlichen Begegnen bestellt, die Leute über die Verbündnisse in den Unterwerften zu unterrichten, erschienen auch sie in gleicher Anzahl. Während nun aber den Unternehmern das Betreten des Personals bereitwillig gestattet wurde, erzielte der Bahnhofsvorsteher hinsichtlich der Arbeiter kategorisch den Befehl, daß für sie das Betreten des Personals verboten sei und die Schuhmannschaft folge dann auch dafür, daß kein einziger auf dem Personale kam. Angewiesen hatten die Unternehmer und ihre Agenten die Böhmen in den Wartesaal geführt, wo die „natürlichen“ Elemente mit Butterbroden usw. bewirtet wurden. Als die Ausgepriesen Wien machten, gleichzeitig sich der Bahnhofsvorsteher übermals als „schüchterner Engel“, indem er erklärte: „Die hiesigen Leute dürfen den Wartesaal nicht betreten!“ Die Unternehmer ließen den gute Mann nicht als „hiesige Leute“ zu betrachten, wenigstens dulbete er es ohne weiteres, daß diese im Wartesaal anwesend blieben, während die Arbeiter von den Schuhleuten aus demselben entfernt wurden. Nachdem die Flitterung vorbei war, ging es unter lautem Tunnil zu den bereitstehenden Straßenbahnen, mittels welcher die Arbeitswilligen für dann unter Schuhmannsbegleitung nach den Waisenquartieren gebracht wurde. Trotz der hermetischen Abschließung der Leute ist den Ausgepriesen die Verhinderung mit Ihnen doch gelungen. Etwa 40 Mann erschienen heute früh bereits im „Goloheim“ und erklärten für sich und ihre übrigen Kollegen die Bereitwilligkeit zur sofortigen Abreise, indem sie von den Agenten über die hiesigen Verbündnisse völlig falsch unterrichtet gewesen seien. Die Unternehmer haben, also zu früh gejubelt, die Fischart ist ihnen hämmerlich missglückt.

Ergebnend wird berichtet, daß die fremden Arbeiter bis auf neu sämlich abgereist sind. Sie erklärten dem Komitee der Ausgepriesen, daß sie in Bremen durch Schuhleute an dem Verlassen des Auges gehindert worden seien. Sämtliche Leute

seien geschlossen und von Schülern besetzt gewesen. Wir vermag diese Angaben kaum zu glauben. Es wird ja allerdinge an verschiedenen Stellen viel gefeiert an "Schutz der Arbeitswilligen", daß aber die Bremer Polizei zu solchen "Arbeitswilligen" kommandiert worden sein sollte, halten wir doch für undenkbar. Sicherlich wird die Polizeibehörde nicht umhin können, die Sache aufzuläutern.

Einen Beweis haben die Bremer Baugewerksmeister als "arbeitswilligen Maurerpolicier" erwähnt. Der holländische Streitbrecheragent d' Saariet will von den Bremer Unternehmern, denen er Streitbrecher liefer, mit Unland geholt werden sein. Angeblich ist er bald Maurerpolizist, und da die Vermittlung von Streitbrechern nicht viel abgeworfen zu haben scheint, wollte der Mann als "Polier", d. h. als Zuhörer, beschäftigt werden. Sie hatten die Bremer Baugewerksmeister aber nicht gewollt, sie wollten den Herrn Agenten in die Karre spannen, was ihm nur leicht wieder nicht passte. Es kam zur Auseinandersetzung, wobei festgestellt wurde, daß d' Saariet mehr Maurer noch Zimmerer, sondern Bierbrauer ist. Er wurde mit seiner Klage — er verlangte nur M. 250 — abgewiesen. Bei dem Streitkomitee stand der Herr "Polier" natürlich auch keine Unterstützung, sondern er wurde höchst erschöpft, die Tür von draußen zu jammern. Nach die Aufgabe, daß er die holländischen Streitbrecher — es sind bloß anderthalb Mann — mitnehmen möchte, konnte ihm keine Sympathie beim Streitkomitee entgehen.

Streit und Aussperrung in Gelsenkirchen-Wanne sind beendet. Wohl und Arbeitszeit sind den Forderungen unserer Kollegen entsprechend vertraglich geregelt worden.

In Essen will es in diesem Jahre nicht zur Ruhe kommen. Die Unternehmer können es noch immer nicht glauben, daß die Maurer so geärgert haben. Obgleich die Zahl der vieren Maurer, die der Organisation noch fern stehen, sehr klein ist, lassen es die Baugewerbeleute in den Vororten immer zum Streit kommen, so jetzt wieder in Steele und Krupp, sowie in Katernberg und Rottweil. Und den ersten engsten Orten sind die Maurer Samstag, den 26. August, in den Streit eingetreten, und in den legeren die Ablösung. Dienstag, den 30. August, ab. Die Arbeitszeitverlängerung ist eine einheitliche. Dieser Umstand hat schon zwei Unternehmer veranlaßt, unsere Forderungen zu unterschreiben. Weitere werden folgen, bis der Vertrag auf den ganzen Lande anerkannt ist.

Im Altensteiner glaubt der Unternehmer Jakob Pegels den organisierten Maurern trocken zu können. Obgleich Mitglied des "Arbeitsgeberverbands", will Herr P. die Vereinbarungen vom 11. Juli dieses Jahres nicht für sich als bindend anerkennen. Nicht oft hat er den Vertretern des Verbands gegenüber erklärt: "Ich halte mich an die getroffenen Vereinbarungen. In meinen Geschäften sind Differenzen ausgeschlossen" und jetzt verlangt von unseren Kollegen, obgleich Ablösung ausgeschlossen ist, daß sie kündigen. Wer auf seinem Platz besteht und sofort austreibt, dem werden ohne Gnade M. 16 eingehalten. Auch wird der tarifmäßige Lohn von Herrn Pegels, der für in den Kreisen einer Anzahl unserer Parteigenossen als Sozialdemokrat angesehen wird, nicht gezahlt. Seit dem Frühjahr vorläufiges war er Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins des Kreises Essen, er wurde aber im Laufe dieses Sommers nicht mehr für wichtig befunden, länger Mitglied zu sein und deshalb in der Mitgliederliste gestrichen. Über diesen Unternehmer wurde Montag, den 22. August, die Sperrerverordnung. Letzter haben sich einige "Kollegen" als "Arbeitswillige" hergegeben, und dadurch die Entsendung, die sonst in den ersten Tagen fallen müßte, hinausgeschoben. Unter den "Arbeitswilligen" befindet sich auch ein Verbandsmitglied mit Namen Brüderig aus Kassel. Wir wollen hoffen, daß sich unsere Kollegen dieses "verliebten Namens" bei Gelegenheit erinnern werden.

In Hilden hat die Lohnbewegung durch die Abschließung eines Vertrages ihr Ende gefunden. Montag, den 22. August, fanden Unterhandlungen statt, in denen folgendes vereinbart wurde: Der Lohn beträgt für dieses Jahr und zwar vom 27. August bis 4. September der einschlüssige Arbeitszeit. Vom 1. Februar 1905 an bis 1. Januar 1906 soll der Stundenlohn 48 Pf. und die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden betragen. Vom 1. Januar 1906 bis 1. Januar 1907 gilt die zehnständige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 50 Pf. Vom 1. Januar 1907 bis 1. Januar 1908 beträgt der Stundenlohn 52 Pf. Diese Abmachungen wurden in einer Verklausurung der Gesellen gegen neun Stimmen angenommen.

Der Streit in Gera ist am 25. August beendet worden. Nachmittags fand eine gemeinschaftliche Verhandlung von Vertretern der Unternehmer und des Gesellenausschusses und Verbandsvorstandes statt. Es wurde für alle Rohlfassaten eine Erhöhung des Stundenlohns von 3 Pf. vereinbart, die sofort einzutreten hat. Von 1. April nächsten Jahres soll eine weitere Erhöhung von 2 Pf. eintreten. Überhaupt werden mit Ausflug von 5 bis 10 Pf. bezahlt. Die Lohnzähllung hat Freitag zu erfolgen. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Eine Verklausurung der Maurer nahm das Abkommen mit 76 gegen 28 Stimmen an. Die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden. — Die Unternehmer haben also doch nachgegeben müssen. Noch vor einigen Tagen ließen sie in ihrem Monat erkläre, daß ihr Schaden so groß sei, daß sie es auch auf den weiteren Schaden ankommen lassen könnten. Man hat sich also doch noch eines Besseren belehnt!

Ein Magdeburg. Die Quedlinburger Unternehmer haben es abgelehnt, die Verbindung des Streits durch Verhandlungen vor dem Eingangssammlung herzuführen. Die hohe Zahl der zugereisten Streitbrecher hat ihren Durchzug bedeutend gefeiert. Daß dieser Hochzug sich wieder einmal legen wird, dafür werden unsere Kollegen schon sorgen, selbst dann, wenn sie zur Zeit aus lassischen Gründen auf die Weiterfahrt des Kampfes verzichten sollten.

In Tangermuinde haben die Unternehmer dem Bauvorstand, der, nach peripherischer Absprache mit einigen der Herren, den Arbeitsgeberverband mitgeteilt hatte, daß er bereit sei, die vorliegenden Missverständnisse, die der Lohnkommission geschuldet seien, aufzuläutern, durch den Arbeitsgeberverband mitgeteilt, daß ihre Meinung nach die Siedlung genügend gefläzt sei. Sie, die Unternehmer, hätten ihren Standpunkt deutlich genug ausgedrückt. Nun, uns kann es recht sein; wir werden es an der Deutlichkeit ebenfalls nicht fehlen lassen und zum Schluß zweifellos diejenigen sein, denen der endgültige Sieg gebührt wird.

In Waldburg in Schlesien sahen sich am 19. August eine Anzahl Kollegen, 12 bis 15, genötigt, auf dem Bau des Unternehmers Schreiber in Sorgau die Arbeit niedergelegen. Herr

Schreiber hatte einen der Kollegen, der sich tadelnd über die Beschaffenheit der Baubude ausgeprochen hatte, am Morgen des genannten Tages entlassen. Hierauf legten die Kollegen einstimmig die Arbeit nieder und der Unternehmer sah sich gezwungen, nachzugeben. Der Entlassene wurde wieder eingestellt und das Versprechen gegeben, die Baubude in ordnungsmäßigen Zustand zu bringen. Um 8 Uhr war die ganze Sache erledigt. Dieser Erfolg ist mir den selten Zusammentreffen der Kollegen zu danken. Mögen die Kollegen dies stets beherzigen.

Der Kampf im Bergbau-Baugewerbe ist nun schon 21 Wochen und noch immer ist keine Aussicht auf seine baldige Beendigung vorhanden. Nachdem die Zimmerer die Unternehmer durch einen 16-wöchigen Streit so in die Enge getrieben hatten, daß sie nicht mehr weder aus noch ein wüssten, griffen sie zu dem jetzt bei den Unternehmern sehr beliebt gewordenen Mittel ihrer Ausprägung und lehnten die Maurer aus. Straßenfischer hofften, daß es ihnen dadurch gelingen würde, nicht nur einen Angriff der Zimmerer zurückzuschlagen, sondern auch einen vernichtenden Schlag gegen die Bauarbeiterorganisationen überhaupt führen zu können. Damit wird es nun wohl aber noch gute Wege haben, denn die Ausgesetzten sind sehr entschlossen, ihre Organisation unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, wissen sie doch ganz genau, daß sie ohne dieselbe den Unternehmen keinen Gewinn übergeben sind, und was sie von beiden zu erwarten haben, daß haben sie schon am eigenen Leibe gesehen. Aber die Ausgesetzten sind nicht bloß damit zufrieden, daß der Angriff der Unternehmer auf ihre Organisation siegreich zurückgeschlagen wird; sie werden auch berlangen, daß ihre langjährige Forderung in Bezug auf die Erhöhung des Lohns endlich einmal bestätigt wird. Seit 1901 fordern die Maurer schon einen Stundenlohn von 40 Pf., jedoch mußte, aber die Lohnkommission die Unternehmer an ihr Vertragen, daß eine Lohnerhöhung eintreten solle, nur zur Zeit, in der sie nicht möglich, erinnern, und immer wieder würde sie abgelehnt. Jetzt, wo die Unternehmer selbst den Kampf propagieren haben, und die Maurer jetzt entschlossen, ihre Forderung durchzusetzen. Doch läuft dies gelingen wird, davon sind sie jetzt überzeugt, hat sich doch die Arbeit jetzt so zusammengebracht, daß die Baubücher sie in eigener Regie fertig stellen lassen wollen und sich bereit erklären, den geforderten Stundenlohn von 40 Pf. zu zahlen. Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer diesen Trick erfordern haben, um ihre Arbeiten fertig zu kriegen, ohne die Forderungen der Gesellen bewilligen zu brauchen. Über auch dies Mander wird ihnen nicht gelingen; ebenso wenig wie es ihnen bisher gelungen ist, Streitbrecher in genügender Zahl heranzuziehen, trotzdem sie täglich unter den verdeckten Anerbietungen Maurer in allen bürgerlichen Beziehungen suchen. Auch das Mittel, die ländlichen Maurer als Streitbrecher nach Steglitz heranzubringen, ist fehlgeschlagen. Ein Bandmeister habe sich nämlich erboten, der Hitzra Selsert, in der Nähe der Baderzäcker einen großen Umbau auszuführen, hat 40 bis 50 Maurer und Zimmerer zur Vergütung zu stellen; als ob die Baderzäcker einen davon verhindern, zu welchem Zweck sie gebraucht werden sollen, blieben sie zu Hause. Der Herr Oberbürgermeister hat wiederholt den Beruf gemacht, Verhandlungen zu finden zu bringen, sie sind aber jedesmal an dem Startlinie der Unternehmer gescheitert, hofften sie doch immer noch, es werde ihnen gelingen, "Arbeitswillige" in genügender Zahl heranziehen zu können, ihre Hoffnung war aber immer vergebens. Die Stimmung unter den Ausgesetzten ist deshalb auch sehr gehoben und vollzieht sich der Kampf in durchaus ruhiger Weise, so daß die Polizei noch keine Gelegenheit hatte, einschreiten zu müssen. Am Ort befinden sich noch 180 Ausgesetzte, 200 sind abgereist oder anderweitig untergebracht. Vier Unternehmer haben die Forderungen der Gesellen anerkannt, natürlich sind es solche, die dem Bunde nicht angehören.

Aus Bielefeld i. O.-Sch. wird uns geschrieben: Wie schon in Nr. 34 berichtet, waren durch die Sperrer nach langer Zeit schon gute Erfolge zu verzeichnen. Fast die Hälfte der Kollegen arbeitete zu den neuen Bedingungen. Der Unternehmer Schröder nicht. Schreie, wie in Nr. 34 steht, erklärte sich wohl bereit, den Lohn zu zahlen, vor einem Vertrag wollte er jedoch nichts wissen. Er verlangte vom Verband für jeden Bau eine Kautions von M. 800. Ein Verlangen, das eher von den Gesellen berechtigt gewesen wäre; denn um Verträge abzuschließen und sie zu halten, dazu ist das oberästhetische Unternehmertum noch nicht reif. Dieses mußten die Kollegen, nachdem sie drei Wochen an den neuen Bedingungen gearbeitet hatten, alle erfahren. Am 12. August hatte eine Verklausurung der hiesigen Unternehmer unter Leitung des Kattowitzier Scharfmachers stattgefunden, in der sie sich organisierten und die Taktik, wie den Maurern entgegentreten sei, berieten. Die Erzeugungen rückten unter den Kollegen, als sie 24 Stunden später beginnen mußten, in welcher Art und Weise die Unternehmer vorgegangen. Der eine zahlte Vorlohn, ein anderer reduzierte den Lohn, während der dritte die Arbeitszeit wieder verlängerte. Beide hielten den Vertrag. Montag, den 15. 8. M. verallgemeinerte sich wieder der Ausstand; nach dreitägigem Kampfe gingen die Kollegen jedoch alle wieder nach ihren Arbeitsstellen, nur der Unternehmer Simon blieb geschrückt, während die Sperrer über Schröder aufgehoben werden mußte, da sich einige Streitbrecherkolonnen gefunden hatten.

Gau Berlin. Die Kollegen in Berlin fanden zu Beginn des Jahres eine Lohnförderung an die Unternehmer, erzielten aber eine ablehnende und auf die zweite Ingabe gar keine Antwort. Nachdem nun die Konkurrenz besser geworden war, brachte die Kommission eine mündliche Verhandlung herbei, die auch stattgefunden und deren Resultat nun vorliegt. Gefordert wurde eine Lohnerhöhung von 5 Pf. der bisherige Lohn betrug 85 Pf. Die Unternehmer bewilligten 8 Pf. Lohnerhöhung, für Überstunden 2 Pf. für Feuerungs-, Wasch- und Nachtarbeit 7 Pf. Lohnzuschlag, Verbedeitung der Buben und Abort und Auszahlung der Ablösung. Der abgeschlossene Vertrag gilt bis 1. April 1906.

Im Zeitstrom kam es an der Papierfabrik zu einer Blasphemie, weil der Baupolizist gemahnt wurde. Nach fünfhunderttagiger Sperrerei wurden die Forderungen der Kollegen, Wiedereinführung des Baupolizisten, Regelung des Kantinenwesens und einiger anderer Punkte auf dem Wege der Verhandlung durchgesetzt und daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

In Marienburg ist die Situation unverändert, jedoch sind in dieser Woche fünf Streitbrecher mehr auf verzeichnet, zwar zwei hiesige und drei Italiener. Die beiden hiesigen sind

Miebold und der ehemalige Vorsteher unseres Zweigvereins C. Brunow. Beiden brauchen wir keine Erörterung zu wünschen. Letzterer ist bekannt aus einem Vorfall, das einige Zeit zurück liegt. Er erhielt als Lohn für ihren geleisteten Unternehmerdienste derartige Würfe von seinem Arbeitgeber, daß er sich in drückliche Behandlung begeben mußte. Am Donnerstag vorher Woche tauchte ein italienischer Kolonialfürst mit drei Mann hier auf. Die Streitenden juckten an ihm heran zu kommen, was ihnen auch gelang. Im Gespräch und aus Briefen ergab sich, daß er Anton Claro heißt und sein Wohnort Osnabrück im Allgäu sein soll. Claro gab an, er habe von den Marienborner Unternehmern den Auftrag, nach Italienische Maurer heranzuholen; er ließ aber durchblicken, daß er gegen eine gute Entlohnung nicht abgeneigt sei, wieder abzureisen und seine Kolonne nach einem anderen Ort zu dirigieren. Die Streitkommission ging scheinbar auf diese Unternehmensherrschaft ein, um Gewissheit über Claro's Absichten und wie der Unternehmer zu erlangen. Mit der Motivierung, daß die Sache reißt überlegt sein wolle, gelang es, den Burschen hinzuhalten. Am Montag machte er der Streitkommission Mitteilung, daß die Sache mit den Unternehmern perfekt geworden sei und er nun Gewissheit haben müsse, ob er die Entlohnung erhalte oder nicht. Claro wurde zunächst mit seinem Anhänger rund abgesetzten. Als er sah, daß die Streitkommission darauf nicht eingehen wollte, erinnigte er seine ursprüngliche Forderung von circa M. 800 auf M. 150 und zulegte auf M. 50. Falls ihm diese geahnt würden, wollte er mit seiner Kolonne fernbleiben und dem Streitkomitee die abgeschlossenen Verträge, die er impulsiv vorlegte, aushändigen. Die Durchsicht dieser Verträge war das Interessanteste bei der ganzen Geschichte; sie beweisen, wie notwendig die Unternehmer noch Maurer brauchen, und was noch unzureichender ist, daß sie sehr wohl in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen; nur die einheimischen Maurer dürfen solche nicht erhalten. Wir lassen die wesentlichen Bedingungen dieses Vertrages, der mit dem Stempel des Marienborner Arbeitsgeberverbandes für das Baugewerbe" versehen und vom Maurer- und Zimmermeister O. Grüneberg unterzeichnet ist, folgen:

"Der Maurermeister Anton Claro verpflichtet sich, 24 Leistungsfähige Maurer für Unternehmungen zu beschaffen. Claro erhält einen Stundenlohn von 60 Pf., außerdem pro Mann M. 2 extra, ferner werden die Geselle Kosten pro Mann mit M. 22 verfügt. Die Maurer erhalten bei genügender Leistungsfähigkeit einen Stundenlohn von 45 Pf., außerdem freies Quartier, Kochgelegenheit und Geschirr; Arbeit bis mindestens November, falls sie gegen nicht mehr als 24 im Monat, sagen und schreibe 24 Streitländer, verhindert, den ganzen Winter hindurch."

Also für 24 Maurer auf Unkosten M. 24, die sie auch nur einen Krieg gerichtet haben. Außerdem pro Stunde von 60 Pf. außerdem pro Mann mit M. 22 verfügt. Die Maurer erhalten bei genügender Leistungsfähigkeit einen Stundenlohn von 45 Pf., außerdem freies Quartier, Kochgelegenheit und Geschirr; Arbeit bis mindestens November, falls sie gegen nicht mehr als 24 im Monat, sagen und schreibe 24 Streitländer, verhindert, den ganzen Winter hindurch.

In Königsberg ist alles vorauf mit den streitenden Maurern beschäftigt, Unternehmer, Gerichte und Polizei. So viele Tage der Monat hat, so viele Prozesse finden statt, in welchen streitende Maurer abgerichtet werden. Bis zum 25. August war gegen nicht mehr als 24 im Monat, sagen und schreibe 24 Streitländer, verhindert, daß das Prozeßgericht, das Streitkomitee, das Endresultat dieser Episode ist, daß die Streitkommission dem Claro, statt ihm die M. 80 zu geben, die Polizei auf den Hals setzte; diese ist leider nicht weiter gegangen, als daß sie ihm die Feststellung seiner Personalien aus Marienborner fortgewiesen hat.

In Königsberg ist alles vorauf mit den streitenden Maurern beschäftigt, Unternehmer, Gerichte und Polizei. So viele Tage der Monat hat, so viele Prozesse finden statt, in welchen streitende Maurer abgerichtet werden. Bis zum 25. August war gegen nicht mehr als 24 im Monat, sagen und schreibe 24 Streitländer, verhindert, daß das Prozeßgericht, das Streitkomitee, das Endresultat dieser Episode ist, daß die Streitkommission dem Claro, statt ihm die M. 80 zu geben, die Polizei auf den Hals setzte; diese ist leider nicht weiter gegangen, als daß sie ihm die Feststellung seiner Personalien aus Marienborner fortgewiesen hat.

In Stralsund, Westpr., können sich die Unternehmer nicht entscheiden, die minimalen Forderungen der Kollegen zu erfüllen. Einmal noch suchen sie Maurer für 48—52 Pf. Lohn, obgleich die Kollegen am Ort nur 88 Pf. verlangen. Beide haben sich auch schon einige Maurer aus der Provinz am Schülzen gefunden, die dort die Arbeit aufgenommen haben. Da aber noch weitere Arbeit vorhanden ist, wird es den Unternehmern schwer werden, wenn sie noch lange mit den Streitposten wirtschaften. Darum werden unsere Kollegen den Kampf noch einige Zeit zu weiter führen und sich durch nichts beitreten lassen, und sie sind sich des Sieges trotz alledem gewiß. Jetzt haben sich auch die "Arbeitswilligen" unter Führung des famosen Maurers Kuhne und des Herrn Obercharmachers Lauscher, der deshalb in eigener Person in Berlin gewesen ist, dem östlichen Centralverband der Bauhandwerker und Hafarbeiter angelöschen.

In Stralsund, Westpr., können sich die Unternehmer nicht entscheiden, die minimalen Forderungen der Kollegen zu erfüllen. Einmal noch suchen sie Maurer für 48—52 Pf. Lohn,

zu bleiben, bis alle Unternehmer die zehntägige Arbeitszeit zugestanden haben.

In Aukland arbeiten neben drei einheimischen Streitbrefern, die den Unternehmern schon zu gehören sind, noch die Maurer Otto Homann, August Süper, Georg Wende, Herm. Nitsch, Otto Nitschke, Paul Grünbi, Willi Mohnke, Max Koschensky, Karl Büle, Georg Kneife, Herm. Werner, Franz Sojolin, Max Grünewald, Ferdinand Hinzel, Albert Sillifom, Willi Müller, Willi Bernis, Franz Krzianowich, Borenz Weitschert, sowie die Steinträger August Otto, Willi Schilling, Otto Schmidt und Franz Pätz aus Berlin. Sie scheinen es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, den Anfänger Kollegen den Kampf nach Möglichkeit zu eründern. Auch einige Maurer aus Württemberg und Sachsen scheinen die Absicht zu haben, dem Beispiel der Berliner zu folgen. Es muss doch für die Genannten ein besonderes Vergnügen sein, aus einer Großstadt, wo Arbeit genügend vorhanden ist, nach der Kleinstadt zu gehen und dort als Streitbrecher zu arbeiten. Wir können den Herren Streitbrefern gerne ihr Vergnügen und wünschen ihnen auch viel Glück zu ihrer souveränen Beschäftigung. Als leitende Personen dieser Leute sind Baumeistermeister Gaspel-Charlottenburg, die Bauingenieur Paul Ueter, Georg Schie, beide aus Regenwalde und der Baumeister Ernst Delling aus Groß-Bötzdorf bei Berlin hier tätig. Diese Herren verbergen sich meistens auf diese Geschäft. Es gibt ja auch Leute, die es sich zur Ehre annehmen Streitbrecherarbeiten zu verrichten.

Der Streit auf der Insel Mönig ist zwar beendet, es ist aber noch wie vor bringend wünschenswert, daß der Zugang freihalten wird. Augenblicklich ist wenig Arbeitsgelegenheit, insgesamt jedoch es kann die Unternehmer leisten können, die "Wölfe" von den "Schafen" ab scheiden und mehrere Kollegen, die her vorragend am Streit beteiligt waren, vorläufig von der Arbeit zurückzuziehen.

In Grabow verbergen die Unternehmer noch immer, die Leute, die anderweitig Arbeit bekommen haben, durch Ansprachen bei ihren reichen Unternehmern aus der Arbeit zu bringen. Nachdem Meister Kusel schon seit geraumer Zeit kein Mittel untersucht gelassen hat, die Grabower Maurer in Lübeck und Hamburg aus der Arbeit zu bringen, so findet er und seine Kollegen in letzter Zeit hemmlich gewesen, in der Umgebung von Grabow ihre "Heimat" fortzuziehen. Kusel und Genossen machen das Angebot, die alten Leute wieder einzustellen zu wollen, unter der Bedingung, daß der von den Unternehmern im Frühjahr vorgelegte Lohnabtrag unterschrieben wird. Die Herren stehen noch ein weiteres Verlangen an die Maurer und Zimmerer, nämlich das, daß der Lohn nach Leistung bezahlt und die Arbeitszeit von den Unternehmern festgelegt würde. Außerdem sollen die Gesellen das Versprechen abgeben, in Zukunft keinem Verband mehr angehören zu wollen. Solange die Unternehmer diesen Standpunkt einnehmen, ist an eine Einigung wohl nicht zu denken.

In Brunsbüttelkoog sind Montag, den 22. August, die Maurer in den Streit eingetreten, nachdem monatelang Unterhandlungen mit den Unternehmern zu keinem Ergebnis geführt hatten. Die Gesellen hatten, um einen Streit aus dem Wege zu gehen, ihre Forderung auf 47,- pro Stunde erneut, wenn die Unternehmer sich berücksichtigen würden, im nächsten Jahre 50,- pro Stunde zu zahlen. Die Unternehmer erklärten aber, daß sie über 45,- den bisherigen Lohn, nicht hinausgehen könnten, sie würden oder im nächsten Jahre 48,- bezahlen und für ein weiteres Jahr 50,-. Die Gesellen waren bereit, für dieses Jahr auf eine Lohnherabsetzung zu verzichten, wenn die Unternehmer sich verpflichten würden, schon im nächsten Jahre 50,- zu zahlen. Da die Unternehmer dies aber auf nichts einließen, wurde der Streit beschlossen. Es kommen im ganzen vier Unternehmer in Betracht, bei denen 44 Gesellen beschäftigt waren.

Die Aussperrung in Cuxhaven-Malente ist durch gegenseitige Vereinbarung beendet worden. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, auf dessen wichtigste Bestimmungen wir später zurückkommen werden.

Aus Amerika.

New York, den 14. August.

Endlich, nach langen Verhandlungen, ist es den New Yorker Maurer-Unionen gelungen, auf weitere zwei Jahre einen Arbeitsvertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Ost drohten die Gegenseite in offenen Kampf auszubrechen. Doch die günstige Bausaison fand den Unionen ihre Forderungen teilweise ohne Kampf durchzusetzen und die geplante Lohnreduktion der Unternehmer zufriedenzustellen. Der Stundenlohn bleibt bis zum 1. März 1905 der alte, 65 Cts., vom 1. März 1905 bis zum 1. Januar 1906 soll er auf 70 Cts. erhöht werden. Die übrigen Bestimmungen sind die des alten Vertrages. Wie weit aber die New Yorker Maurer unter diesem Vertrag in Frieden leben werden, muß jedoch die Zukunft lehren; denn zwei dunkle Wolken drohen schon aus nächster Nähe. Erstens hat der Leiter, im Januar abgeholte Maurerlongueur aller Unions von Amerika beschlossen: In keinem Vertrage dürfen Bestimmungen für die Zukunft aufgenommen werden, die den Mitgliedern verbieten, für eine eitra Fireproof Compagnie (Baugesellschaft für alleinige Fabrikation und Herstellung von inneren feuerfesten Wänden aus grobem Blöck und Platten) zu arbeiten, so lange diese Firmen alle Union-Bedingungen erfüllen. Tatsächlich wurde diese Bestimmung in dem neuen New Yorker Vertrag wieder mit aufgenommen und bringt somit die New Yorker Maurer in direkten Gegenzug zu ihrem Centralverband. Zweitens ist zwischen den New Yorker Building Trades Alliance (Baugeschäftliche Vereinigung der Blummer, Pufer, Fliesenlegers und Male Union), wozu die Maurer nicht gehören, und den in Betracht kommenden Unternehmern, die gleichzeitig die Vertragslonchenten der Maurer sind, ein heftiger Kampf entbrannt. Die Ursache ist, daß die Baulibing Trades Alliance einige Bauten, wo Nicht-Union-Leute arbeiten, sperrten. Die Unternehmer verlangten Aussperrung der Sperrten bis zum 8. August, und da dies nicht gelang, legten sie am genannten Tage circa 4000 Arbeiter der genannten Berufe auf die Straße. Eine weitere Drohung der Unternehmer geht nun dahin, wenn bis zum 22. August die Sperrten nicht aufgehoben sind, über weitere 8000 Arbeiter den Lockout zu verhängen. Da sich die Arbeiter diesen Kampf als den Anfang des Kampfes für den offenen "Shop" im Bau gewerbe betrachten, wird er von allen Unions mit größtem

Interesse beobachtet; denn die Stärke der Unions, ihr Lebenswerk, liegt in dem geschlossenen Shop, liegt darin, daß ein Union-Mann mit seinem Arbeiter zusammen arbeitet, der seiner Organisation nicht angehört. Aus diesem Grunde ist es auch sehr wahrscheinlich, sollte der Kampf die angebrochene Aussperrung annehmen, daß die Maurer trotz ihres Vertrages mit hineingezogen werden.

Den Berichten der Tagespresse nach ist die angebrochene Aussperrung der 8000 Arbeiter tatsächlich erfolgt und es wird mit weiteren Aussperrungen bis zu 50 000 Personen gerechnet. Die Red. des "Groß".

154 274; Aug. Müller-Büneburg (Frau), 85 514; Dr. Ehm-Büneburg (Frau), 88 578; Dr. Ehm-Büneburg (Frau), 88 578; Herm. Seidler-Stettin (Frau), 45 986; H. Münchhausen-Cöln, 118 058; J. Morawetz-Bremen, 15 008; Joh. Krauthausen-Fürth (Frau), 128 214.

Die Abreise zur Aussperrung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einwendung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde des selben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Lebensjahre des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuzeigen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 23. bis 29. August 1904 sind folgende Beiträge bei der Hauptpost eingegangen:

Hauptpost.

Von den Zweigvereinen in Dresden und Umgegend M. 10 000, Frankfurt a. M. und Umgegend 10 000, Duisburg 700, Flensburg 150, Schwelm 150, Mülheim an der Ruhr 80, Tempelburg 45 80, Schwerin 1000, Chemnitz 500, Bochum 600, Grimmaisch 400, Süderhof 400, Erfurt und Umgegend 200, Eisenberg 150, Badenburg 100, Gronau 100, Stolz i. R. 97, Bornhöved 70, Neubarmen 22 40, Frechen 25 56, Gladbeck 28, Großenhain 26, Mülheim a. R. 800, Kasendorf 10, Darmen-Schildorf 400, Bielefeld 100, Göttingen 600, Dr. Märker (von Theob. Engler) 45, Lübeck 500, Minneberg 70, München 800, Münster 800, Karlstraße 800, Graubenz 800, Fürth 500, Jen 800, Nördlingen 150, Brandis 108, Bittau 90, Gronau 75, Thorn 200, Glaubach 400.

Für Gütertarif.

Tempelburg M. 2, Oberlungwitz 5.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einhaber von Geldern werden erlaubt, auf den Postabschlägen genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptpost sind mir an J. Köster zu überreichen. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgegeben muß.

Hamburg, den 29. August 1904.

J. Köster, Hamburg 5, Bremerstr. 11.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Breslau.

Der Gauvorstande, Kollege Heinrich Möller, wohnt vom 1. September an Uferstraße 82, 2. Et.

Gerichte.

Berichte über wichtige Gerichtsentscheidungen und sonstige Gerichtsmittheile sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend vorgenommen werden.

Berlin. Der biesige Zweigverein hält Freitag, den 12. August, im Gewerkschaftshause die Generalversammlung vom zweiten Quartal ab. Zum ersten Punkt verlas der Kassierer Wartenberg die Abrechnung vom zweiten Quartal. Danach betrug die Einnahme in den Bahnhöfen und Sektionen M. 75 487,58, die Ausgabe M. 6500,99. Der Zweigvereins-Kasse belief sich die Einnahme inklusive des alten Bestandes auf M. 184 320,81. Die Ausgabe betrug M. 91 541,74. Beide Kassen haben einen Gegenstand von M. 161 765,61. Unter den Ausgaben sind u. a. folgende Posten: Für Sterbeunterstützung M. 30,10 für Sterbeunterstützung M. 886,65, für Pflegeregeling M. 4888,50, für Unterhaltung anderer Gemeinschaften M. 1300. Die Mitgliedszahl betrug M. 18 204, verstorben sind 27, ausgeschlossen 18. Auf Antrag der Delegaten wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt gab der Kollege Hanke einen Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission. Ein Antrag des Vorstandes, daß alle, vom Kassierer entnommenen Marken ihrem vollen Werke nach ersetzt werden sollen, wurde nach kurzer Diskussion angenommen. Bei der Wahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission entfielen sich eine sehr erregte Diskussion, indem der Kollege Böd. die Vermutung ausprägte, daß die Kollegen, die in den Vorständen der Organisation sind, bevorzugt werden. Kollege Hanke wies dies durch nichts zu begründete Unterstellung zurück und gab bekannt, daß dabringende Kollegen die gewählten Kollegen sich einig geworden sind, die Sitzungen abwechselnd zu besuchen. Als die Wahl der Kollegen Silbermöhl und Böd. vollzogen war, wurde dagegen ebenfalls protestiert. Die Kollegen, die bei der Wahl als Stimmenzähler fungierten, wiesen diesen Protest entsehieden zurück. Alle Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden gewählt: Silbermöhl, Böd., Thoms, Rudolph; für die Bütz: Neumann und Bödach; für die Gips- und Zementbranche: Friedrich und Leonhardt. Hierauf wurde die Bausperre bei der Firma Kutzke, Bau-Nomadenbau, einer Besprechung unterzogen, die an der Sperrte beteiligt waren, sprachen sich dahingehend aus, daß die Sperrte aufrecht zu erhalten, und wenn notwendig, auf alle Bauten der Firma auszudehnen sei. Kollege Adolf Böd. beantragt, weil das Arbeitsjahr für die Sitzung des Verbandes immer größer wird, einen Kollegen zur Aussöhnung zu stellen. Der Antrag wurde angenommen und der Kollege August Blaefling gewährt.

Am 15. August hielt die Gruppe der M. a. p. u. b. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung in den "Kirmishallen" ab. Kollege Hase zeigte auf Grund statutarischer Materials, daß die größte Summe betreffs Zahlung der Beiträge nicht nur in einzelnen Gruppen, sondern in der ganzen Sektion sich breit macht. Das Deputiertenstiftsystem soll, wie in anderen Sektionen, besser durchgeführt werden, und diese Deputierten müssen moralisch gut unterrichtet werden, damit ihnen ihr Posten nicht verleidet wird. Dadurch wird dann jeder angehafte, seine Beiträge pünktlich zu zahlen. Bei pünktlicher Zahlung wird keinem ein Verlust entstehen, z. B. in Krankheits- und im Sterbehilfe. Einige Beiträge zu zahlen ist nicht schwer, aber summirt, aufgezahlt, durch Nachlässigkeit entstanden. Die meisten Ausschüsse erfolgen durch die Summierung der Kollegen. Sieht man sich die Versammlung

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Calefeld, Duisburg, Warstein.

Als verloren gemeldet

finden die Mitgliedsbücher der Kollegen Sarnow-Neu-Ruppin (Buch-Nr. 90 508), Arthur Höller-Dresden (18 270), August Küppels-Dresden (103 113), Otto Landolt-Dresden (19 889), Gustav Michael-Dresden (134 089), Karl Höller-Berlin (5059), Richard Külling-Berlin (257 017), Paul Dörr-Halle a. d. S. (25 249), Gustav Hoffmann-Würzburg (107 776), Franz Wohlhausen-Cöln (118 185), Johann Dominik-Cassel (187 356), Josef Diemer-München (88 194), Friedrich Schmidt-Berlin (88 869), Richard Desjardins-Berlin (196 904).

Ausgeschlossen

finden auf Grund § 36 b des Statuts vom Zweigverein Oberhausen: R. August Müller (Buch-Nr. 212 380), H. Wolf-Sürz (212 831), Christian Hiel (212 180), Fritz Spörer (212 127), Karl Rauchberger (212 143), Wilhelm Höhle (190 798), Gustav Michael-Dresden (50 920); Witten: Joachim Trapp (217 057); Berlin: Wilhelm Staatz (9286), Böker: Richard Höfmann (8719), Emil Kütt (90 517), Emil Rückewitz (928); Langenberg: Gustav Duek (92 618), Franz Höfer (92 629); Wiesbaden: Emil Dreher (48 899); Ludwig Scheiderer (155 125); Emil Dreher (49 489); Karl Maus (155 112); Peter Binger (48 879); Ludwig Seeliger (48 864); Konrad Schäfer (48 887); Heinrich Lautz (155 871); vom Verbandsvorstand: Hermann Paul in Frankenberg i. S. (68 772).

Der in Nr. 84 des "Grundstein" bekannt gegebene Ausschluß des Kollegen Eugen Kaiser in Harsberg (Buch-Nr. 77 028) ist rückgängig gemacht, da ein Irrtum vorlag.

N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückgängiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert,

der Verbandsbuch einzuhören, werden vom Zweigverein Düsseldorf: Albert Süßer aus Coburg (Buch-Nr. 166 471); Düsseldorf: Dr. August Süßer (96 197); Erfurt: Friedrich Niest, geb. am 24. März 1854 zu Überseleben; Anton Herwig, geb. am 15. Februar 1877 zu Oberdöria; Johann Wiegand aus Neffelrode.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, ersuchen wir, den betreffenden Zweigvereinsvorständen oder umgehend Mitteilung zu machen.

Um Angabe seiner Adresse

ersucht der Zweigverein Oberhausen den Kollegen Josef Jung aus Alsbach b. Limburg (Buch-Nr. 121 685), zweite Vermehrung als Beilage. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, ersuchen wir, nach Oberhausen Mitteilung zu machen.

Sterbegeld

wurde in der Zeit vom 21. bis 27. August am nachfolgenden Kollegen resp. deren Frauen ausbezahlt:

Ernst Nitschke-Schweins (Frau), Buch-Nr. 3057; Joh. Paulus-Johann (Schwabach), 99 656; Aug. Schnell-Wiesbaden, 48 279; Dr. Petruschka-Latona (Frau), 89 804; Karl Poppe-Berlin (Frau), 109 649; Willi Lange-Vorstadt i. d. R. (Frau), 129 250; Chr. Krogh-Limburg, 116 875; Heinrich Stamm-Speyer (Frau), 101 814; Max Lanzendorf-Betz, 167 284; Ferdinand Gläser-Gütersloh, 62 725; Alois Lehmann-Guben (Frau),

lungen an, so sieht man nur die bekannten Gesichter; die neueren Kollegen sind nachlässig, sie nehmen zwar die Errungenheiten des Verbandes gerne an, aber sie tun nichts für den Verband. Da die Mitgliederzahl fortwährend steigt, muss unsomehr jeder seine Pflicht erfüllen und die erste Pflicht ist, sich der Arbeitslosigkeit an zu setzen und einen Arbeitsnachweis zu wenden, damit dieselbe nicht illusorisch wird. Zur Diskussion melde ich mich niemand. Infolge der Frage, wie es mit dem Falle Dietrich steht, wurde wieder unter Schmerzenskind die Altordarbeit, hergeholt. Kollege Fröhlich sagte u. a. hauptsächlich: Die Verteilung, die Arbeit wird in Alford ausgeführt, ist nicht als an die Unternehmer gestellt zu betrachten, sondern an die Kollegen. Denn einzelne Silbe in diesem Satz müsste jeder Kollege sich einprägen, dann brauchen wir nicht unsere Versammlungen mit diesem Thema auszufüllen, sondern könnten wichtiger Angelegenheiten eitern. Der Schriftführer. Im weiteren Verlauf seiner Rede bat Freiglich, diesen Punkt nicht weiter zu diskutieren, bis die Bildungscommission mit den Unternehmern über diesen Punkt verhandelt hat. Dietrich aber soll nochmals von Sektionsverband geladen werden. Der Antrag, mit den Spannern gemeinsame Versammlungen abzuhalten, wurde, trotzdem Kollege Fröhlich sich warm für ihn engagierte, infolge eines Gegenvortrages, nur im Lohnfragen gemeinsam zu tagen, abgelehnt. Der Gegenantrag wurde angenommen.

Brunswick. Am 20. August hielt die hefige Auseinandersetzung eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Kupke aus Görlitz referierte über: „Die diesjährige Streiks und Aussperrungen“. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die statthafte Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekannt gegeben. Es wurden gezählt: 22 Polter, 183 Gesellen und 24 Lehrlinge. Am Sonnenlohn erhielten 5 Gesellen 88,- 2 87,- 4,- 19,- 86,- 4,- 46,- 85,- 4,- 97,- 84,- 7,- 82,- 4,- 42,- 2,- 20,- 4,-. Hierauf wurde beschlossen, das Stiftungsfest am 10. September in den „Drei Kronen“ zu feiern; es soll bestehen in kümmerlichen Vorträgen, Gefang und Tanz. Die Kollegen wurden erucht, fahrtliche Beteiligung Sorge zu tragen. „Für Vertriebenes“ wurde noch bekannt gemacht, dass das Gewerkschaftsarchiv für Mitte Oktober einen Bücherverbot vorbereitet hat über den russisch-japanischen Krieg und den Herero-Krieg. Nach Berleien der Präsenzliste wurde die jämmerlich besuchte Versammlung geschlossen.

Coburg. Sonntag, den 14. August, fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt. Als Referent war der Vorstandsvorsitzende, Kollege Schent aus Erfurt, erschienen. Die Versammlung war gut besucht und hatte den Zweck, die in der Umgegend wohnenden Maurer, die das ganze Jahr keine Versammlung besuchten, sondern alle Tage gleich nach Feierabend mit der Eisenbahn nach Hause fahren, über Zweck und Nutzen des Verbands aufzuklären. In diesem Sinne hielt denn auch Kollege Schent sein Referat, das den Erfolg hatte, dass sich einige Kollegen aufnehmen ließen. Aufgabe der Kollegen muss es sein, weiter zu agitieren, damit auch die übrigen Kollegen, die uns jetzt noch fernstehen, ebenfalls dem Verbande zugeschlagen werden. Der Anfang damit ist gemacht, indem die Kollegen bei den verschiedenen Unternehmern einzeln vorgenommen werden, um sie für den Verband zu gewinnen, wobei wir Erfolg erzielt haben, mit denen wir vorläufig aufzudenken seien können. Wenn wir in diesem Sinne weiter arbeiten, dann wird es nicht lange dauern und wir haben die Coburger Maurer samt und sonders organisiert. Es ist aber auch höchste Zeit, dass die Maurer einmal geschlossen austreten, um mit den reichlich vorhandenen Märschen endlich einmal aufzuräumen und die erbärmlichen Löhne, die bis zu 20,- pro Stunde gezahlt sind, einmal etwas aufzublasen. Deshalb ist unablässige energische Agitation für den Verband zunächst die Hauptaufgabe, damit die so notwendige Güntigkeit geschaffen wird, ist die hergestellt, dann können wir daran denken unsere Lage zu verbessern und die Märsche abzustellen.

Görlitz. Hier fand am 16. August eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Wie wird die neue Görlitzer Baupolizeiverordnung innenrechnen? Der Gauvorsitzende, Kollege Kupke, referierte zum ersten Punkt und führte etwa folgendes aus: Es ist dies seit längerem Zeit wieder einmal eine öffentliche Versammlung, aber nicht alle an Orte arbeitenden Maurer sind dem Ruf gefolgt. Die Krise ist um Abnehmen begreiflich und die Arbeitsgelegenheit ist in diesem Jahre im Gau in vielen Orten besser geworden. Gegenwärtig haben wir in Deutschland im Maurergewerbe 55 Lohnbewegungen; überall regt es sich. Die Mehrzahl der Lohnbewegungen ist für uns günstig verlaufen. Hier waren freilich die letzten Jahre äußerst traurige Verhältnisse, aber es scheint, dass es auch in Görlitz jetzt besser wird. Zur Zeit arbeiten hier 250 Maurer, 29 Polter und 39 Lehrlinge. Die Konjunktur ist also nicht mehr so schlecht wie in den vorhergehenden Jahren. In Böhmen erhalten bei zehnthalbstündiger Arbeitszeit:

18 Gesellen: 40,- pro Stunde (Alfordziger)

1	"	39	"	"
116	"	38	"	"
116	"	37	"	"
87	"	36	"	"
8	"	35	"	"
11	"	34	"	"
2	"	32	"	"
2	"	30	"	"

beantworteten die Lohnfrage nicht.

Die niedrigsten Löhne, gaben die Maurermeister Grunert und Dubel, sowie der Unternehmer Brode aus Röderhof. Im Jahre 1900 hatten wir 88,- Durchschnittslohn, 1904 sind wir bis auf 37,- heruntergekommen. Das sind unfaulbare Zustände. Was sind denn die Ursachen dass der Lohn nicht steigt? Die Arbeitnehmer selbst sind schuld. Es wird nämlich an den Bauten; einer ist über dem anderen, jeder düllt sich der schlechten zu sein. Die teuren Lebensmittelpreise. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, als Mensch zu existieren. Freilich findet man eine gleiche Bedürfnislosigkeit wie in Görlitz in keiner anderen gleich großen Stadt. Unerklärt im Gau röhrt es sich, bei uns geschieht nichts. Die Leitung und das irgende, um wenigstens das Bestehende zu erhalten und etwas zu erreichen. Es ist traurig, dass wir solche Zustände der Öffentlichkeit übergeben müssen, aber wir verhandeln nun einmal öffentlich. Neben kritisierte die verschiedenen Stellvertreter unter den Mitgliedern, das Verhalten der meisten Poliere und ihrer Helfershelfer gegen die Organisation und die Verwaltungsbürokratie. Auch die Herren Poliere erzielte das Schärfat einmal; wenn sie der Unternehmer saß hat,

dann bekommen auch sie ihren Zusatz, ein anderer nimmt ihre Stellung ein, und sie sind dann gewinnt, auch als Geselle unter ihren früher von ihnen leicht disponiblen Kollegen zu arbeiten. Die Kollegen auf den Bauten sind zu seige, beratlichen Kreaturen entgegenzuireten, wenn sie die Organisation und deren Anhänger ableiteten. Würden die Kollegen ein bisschen Mannesmut haben, die Poliere dürften sich das gar nicht erlauben. Die Görlitzer Maurer waren ehrenamtliche Befürworter der Görlitzer Organisationen, diese Stellung haben sie längst aufgegeben, das ist entwidrigend, entziehend. Schon die kriegerische Lohnberuhigung ist Ursache genug, diese Position vom Scheid wieder zu erlangen. Die Forderung, die wir voriges Jahr eintraten, war gewiss bestreblich, sie wurde aber abgewiesen; das konnten die Unternehmer infolge der Bertrautlosigkeit der Görlitzer Maurer. Das Görlitzer Unternehmertum ist eins der rabiatesten Deutschlands, das gesamte Unternehmertum Deutschlands benimmt sich jetzt in diesem Jahre so, als ob es überhaupt nicht zu überwinden wäre, aber das Gegenteil trete ein. Wir sehen, dass bei der Ausvergäng in Mainau der Plan der Unternehmer, die Organisation zu vernichten, nicht nur bereit ist, dass sogar durch die Macht der Organisation Lohnberuhigungen diktiert werden können. Hier haben wir den Beweis, dass die Unternehmer nun mit der Macht der Organisation rechnen. In Löwenberg, Neuhaus, Grünberg, Burgau usw. wurden Lohnberuhigungen erreicht, in Görlitz nicht. Es liegt an der Talenteinfölf, an dem Missbrauch, an der Organisation. Warum gibt man dieses Vertrauen auf? Solange wir in Unfähigkeit verharren, ist es aus mit uns. Was in den kleinen umliegenden Dörfern möglich ist, das muss auch in Görlitz möglich sein, sonst machen wir uns zum Geplott der gesamten Maurer Deutschlands, denn sonst stünde die werbende Großstadt Görlitz hinter meilenweit entfernten Dörfern zurück. Wollen wir weiter so mordlos dastehen? Die Organisation hat die Mittel, Kampfe zu führen. Die Görlitzer Maurer sind geschult genug, sie sind nur zu fürsamen den Unternehmern gegenüber, für ihre Interessen einzutreten; da sitzen sie am ganzen Körper, der Polter, der Meister, könnte hinter ihnen stehen. Diese Furcht ist unmöglich, die Zeit ist vorbei. Wird wirklich jemand genehmigt, so sorgt für ihn die Organisation. Es liegt in jedem eine Kraft, aber der Wille muss da sein. Hassen wir wieder Vertrauen in die Organisation, in ihr nur finden die Kollegen eine Stütze. Also den Heereshäusern größer machen, im einzelnen ist nichts zu erreichen. Haben wir Vertrauen zu uns selbst, zur Organisation, befiehlt wir das Missbrauch und machen wir wieder gut, was wir an der deutschen Maurerfahrt verbrochen haben, damit wir später sagen können, es ist doch gut, das wir aufzunehmen haben. Zum zweiten Punkt gab Kollege Zondabel einen Überblick über die Bestrebungen der organisierten Bauarbeiter, um einen guten Bauarbeiterkampf zu erreichen und begründete diese Bestrebungen mit den unerhörten Unfällen im Baugewerbe. Wir haben in Görlitz seit 1. Juli 1903 eine neue Bauarbeiterkampfbewilligung. Jahrelang haben wir darnach gebrängt. Jahrelang hat man uns verrötet; jetzt ist sie da und die Zustände an den Bauten sind jetzt eher schlimmer statt besser. Ein Beispiel dafür gibt der Bau des katholischen Schwesternhauses in der Viehbierstraße. Die Gerüste sind höchstens mangelschaft. Das Schürgert ist so schmal, dass ein arbeitskräftiger Arbeiter unfehlbar darüber hinwegfällt. Sämtliche Stoßwälle waren nicht abgedeckt. Am Matschusandau befindet sich eine Baubude von der Größe eines Abortes. Am Krankenhausbau benötigen etwa 70 Personen einen eiszeitigen Abort. Das sind hässliche Bauten. Schwere Unfallsfälle sind in den letzten Jahren hier vorgekommen. Nedner rief eine Reihe herbeiläufigen Anweisungen in Gedächtnis zurück. Die Bauten werden leider gar nicht kontrolliert, nur auf drei Bauten hat man etwas von einer Kontrolle gemacht. Wir müssen immer wieder den Ruf auf Kontrolloren aus Arbeitertretern erheben, eger werden die Zustände auf den Bauten nicht besser. Neben kritisierte die Teilnahmehilfe der Kollegen solchen Zuständen gegenüber; dabei handelt es sich doch um Leben und Gesundheit der Kollegen selbst. Kein Kollege weiß, wenn er früh Morgens aus seiner Familie fortgeht, ob er noch einmal gefund nach Hause kommt. Ein Zeugnis ist der, der heute den Saal verlässt, ohne sich an die Organisation anzuhängen. Der alte Schiedsrichter muss einmal aufzuhören; sind wir stark genug, dann können wir den Unternehmern bessere Verhältnisse abholen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Schöbel und Nohl im Sinne der Referenten. In seinem Schlusswort führte Kollege Kupke die Notwendigkeit des Seins der „Görlitzer Volkszeitung“ an, nur diese vertrete die Interessen der Arbeiter richtig.

Hamburg. Die Sektion der Bemerkenswerter und Kunsteinarbeiter hielt am 7. August eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Henze referierte über: „Ortsüblicher Tagelohn“. Nedner führte aus, dass der ortsübliche Tagelohn mit dem Kranken- und Invalidenversicherungsgesetz zusammenhangt, und es notwendig wäre, dass sich die Arbeiter um die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen mehr kümmern. Bisher beträgt der ortsübliche Tagelohn in Hamburg M. 8,- es gibt in Deutschland Kreise, wo der ortsübliche Tagelohn sogar bloß M. 1 beträgt. Wenn man bedenkt, dass der Arbeiter in Hamburg allein für Miete 88,- pft. seines Einkommens bezahlen muss, so ist es notwendig, dass der allgemeine ortsübliche Tagelohn auf mindestens M. 4 festgesetzt wird, da derzeit nicht nur Krankenversicherung festgelegt ist, sondern auch für Entschädigung an die Frauen und Kinder der abenden Mietkosten. Im Anschluss daran sprach Henze über Invalidenversicherung und erklärte das Versicherungswesen näher. Reicher Beifall wurde dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag zu. Sodann sprach Henze über die Kollegen Neele, der als Sektionsstafette des Mittelmauer vom M. 165,- 86,- Verbandsgebühren nach Holland geflüchtet ist. Solche Verbandsgebühren weisen ein schlechtes Bild auf die Organisation. Die Neuförster seien zum großen Teil mit häuslich daran. Henze schlägt vor, diesen Käffner wieder zu wählen, sondern das Amt dem Bezirksstafette des Centralverbandes zu übertragen. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung angenommen.

Die Tarifbewegung der Sektion der Blattentanhörer ist nummehr für dieses Jahr als bereit zu betrachten. Die Bewegung schien anfänglich ein Widerstand zu zeigen, indem sich die Geschäftsinhaber, die einer Organisation nicht angehören, dahin einig wurden, sich auf nichts einzulassen. Als sie jedoch sahen, dass die Spieler mit den Hamburger Blattentanhörern zu Ende war und dass es Ernst zu werden schien, erklärten sie sich zur Unterhandlung bereit. Nachdem eine von den Geschäftsinhabern gewählte Kommission mit der Gesellenkommission verhandelt hatte und nun ihren Auftraggeber be-

richt erstattet wollte, ergab sich das schöne Schauspiel, dass die Kommission allein in der Versammlung war; hatte doch der Obercharfmacher, Herr Lummer, davon erfährt, und der versuchte mir, die Geschäftsinhaber von irgend einer Genehmigung abzuraten, indem er ihnen die Befürchtung gab, dass die gesuchte Zustimmung hinter ihnen stehe. Aber die Charfmachers, was diesmal umsonst, denn die Inhaber der Blattentanhörer gingen nicht auf den Zinnklein; sondern bewilligten die Forderungen und unterschrieben dann einzeln den Tarif, wenn auch wohl recht schweren Herzens. Von acht Geschäftsinhabern haben fünf den Lohn- und auch Altordtarif unterschrieben, und drei haben nur den Lohn- und Altordtarif unterschrieben. Die letzteren drei wollen für die Zukunft nur im Tagelohn arbeiten lassen. Damit hat die junge Sektion ihre Probe bestanden und kann nun daran gehen, wenn, was wir hoffen, die vor und während der Bewegung eingetretenen Mitglieder der Organisation treu bleiben, andere im Berufe vorhandene Mitgliedschaft abzuschaffen.

Pettingen. Mittwoch, den 24. August, fand hier eine gewöhnliche Maurerversammlung statt, die von Nordhäusern Kollegen einberufen und von 55 Kollegen, 40 Gesellen und 16 Italienern, besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Welchen Nutzen bringen uns die Gewerkschaftsorganisationen?“ Das Referat hierzu hatte Genosse Weidner übernommen, der in einem 1½ stündigem Vortrage den Wert der Gewerkschaftsorganisationen in einer verhältnismässigen Weise darlegte, dass keiner im Saale anwesend war, der nicht zu der Einsicht gekommen wäre, er müsse notwendig der Gewerkschaftsorganisation als Mitglied angehören. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen, die sich im Sinne des Referenten ausdrückten. Es lieken sich dann eine Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen, so dass die Gesamtmitgliederzahl jetzt 88 beträgt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die vom besten Geist getragene Versammlung geschlossen.

Kattowitz. Am 26. August tagte hier eine von annähernd 500 Maurern besuchte Versammlung, in der Kollege Baude über die Lohnkämpfe und Lehrlingszulage in Oberschlesien referierte. Kollege Baude ging zuerst auf den Kampf in Babitz ein und betonte, dass nun eine andere Taktik eingeschlagen werden müsse. Das Unternehmertum habe sich organisiert und setzt auch gleichzeitig vertragsschützend geworden, wogegen es vorstelligen Mitgliedern des Industriegebiets bereitgestellt wurde, was von einem Unternehmer aus Babitz, der ebenfalls in den Versammlungen anwesend war, in seiner Stimmrechte ausgeschlagen wurde. Vor allem durfte man keinesfalls früher als bei Verträge abschließen, bevor uns nicht das Unternehmertum in Oberschlesien die Verträge unterschrieben, und mit den Linien die Unterförsterei gleich wieder weggewischt, wahrscheinlich Ehremann die Herren Unternehmer. Kollege Baude erklärte, dass bei dem zuletzt gesprochenen Unternehmer „Hesse“ auch noch gegen die Streiklaiuse gekämpft werden musste; auch dies müsse in dem Kauf genommen werden. Wenn auch in diesem Falle dem Unternehmer ein grösserer Schaden nicht zugefallen werden sollte, so müsse doch dem Bauherrn die Streiklaiuse vereilt werden. Bezuglich der Lehrlingszulage wies Kollege Baude an, dass die Hand der Statistik nach, dass diese gerade jetzt bei den Lohnkämpfern in voller Blüte steht. Jeder Polter wird so viel Jugendliche Arbeiter an wie er nur irgend bekommen kann und bestellt damit die geplante Bauten, ja, sogar an die Zimmerer wurde das Anstreben gestellt, Maurerarbeiten zu berichten. Bei 88 Unternehmern sind bei 488 beschäftigten Maurergesellen 179 Lehrlinge vorgefundene worden (gleich 36,- 88,- pft.), bei den Unternehmern Langer, Mainka und Parzulla seien sogar 100, 140 und 150 pft. von den beschäftigten Arbeitern Lehrlinge. Dies seien Bauten, die für sich selbst reiben; kein Wunder, wenn dann immer ein Hausschlafanzug nach dem anderen zu verzeichnen sei. Wenn hierin nun von den Baudienstern oder Handwerkern keine Hilfe zu erwarten sei, so müssten sich die Maurer dagegen wehren und verhindern, dass sie jugendliche Arbeiter resp. Lehrlinge zu beeinflussen, dass sie höheren Lohn fordern. Nachfolgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt, nachdem das Unternehmertum von Babitz und Umgegend vertragsschützend geworden ist, nicht früher wieder auf tarifarische Arbeitsverträge einzugehen, bevor das Unternehmertum den Nachweis erbracht hat, dass es auch die Fähigkeit besitzt, abgeschlossene Vereinbarungen zu halten.“ — „Die im Löbenthaler Kattowitz beschäftigten Maurer verpflichten sich, sämtliche Anordnungen der Lohnkommission Folge zu leisten und ersuchen die Kommission, so lange mit Baupreisen vorgezogen, dass das Unternehmertum zur Vernunft gekommen ist.“ — „In Erwagung, dass nach der letzten Statistik vom 7. bis 8. August 1904 im Kattowitzer Löbenthaler Bezirk bei 88 Unternehmern von sämtlichen im Bezirk beschäftigten Maurergesellen und Lehrlingen allein 88,- 88,- pft. Lehrlinge festgestellt worden sind, beschließt die am 26. August 1904 tagende öffentliche Maurerversammlung, sämtliche Lehrlinge, die bisher Lehrlingsverträge mit den Unternehmern nicht abgeschlossen haben, von den legeren nur als Arbeiter resp. Lohnarbeiter zu bezeichnen, dass sie höheren Lohn fordern. Nachfolgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt, nachdem das Unternehmertum von Babitz und Umgegend vertragsschützend geworden ist, nicht früher wieder auf tarifarische Arbeitsverträge einzugehen, bevor das Unternehmertum den Nachweis erbracht hat, dass es auch die Fähigkeit besitzt, abgeschlossene Vereinbarungen zu halten.“ — „Die im Löbenthaler Kattowitz beschäftigten Maurer verpflichten sich, sämtliche Anordnungen der Lohnkommission Folge zu leisten und ersuchen die Kommission, so lange mit Baupreisen vorgezogen, dass das Unternehmertum zur Vernunft gekommen ist.“

Wie verhält der Kollege Baude bei den bessigen Unternehmern ih, bewilligt eine Postkarte, die er klarlich erhält und die folgenden Worten hat:

An den Sozialdemokraten S. Baude Hier, Holsteinst. 18. Wenn du Dio erhältst auf der Straße, so breite ic Dir das Gnad. Da kann Du drauf reden. Du Lump, Du Bagabund.

Auch ein Arbeiter.

Dass die Karikaturen dem Kollegen Baude feindlich gesinnten Maurer zum Urheber hat, sondern aus Unternehmertümern stammen, davon zeugt die sotte Schrift, die einem Arbeiter, der mit Hammer und Zelle zu hanteren gewohnt ist, gewöhnlich nicht eigen zu sein pflegt.

Landsberg a. L. Hier ist Donnerstag, den 25. August, ein Zweitecktag geprägt worden. Es wird hier eine Kaserne gebaut, und sind auch weitere Bauausgaben vorhanden. Kollege Herzl-Münzen kam hierher, um mit einigen Kollegen eine Predigtredung abzuhalten. Da infolge des Regens die Arbeit ruhte, wurde die Predigt zu 8 Uhr Nachmittags anberaumt und sämtliche Maurer und

Bauarbeiter hierzu eingeladen. Eine große Anzahl war erschienen. Kollege Hartt schärferte die gegenwärtigen Verhältnisse und den Stand und Augen der Organisation. Eine bedeutende Zahl von Kollegen trat dem Verband bei. Gleichzeitig wurde beschlossen, Montag, den 29. August eine große allgemeine Bauhandwerkers- und Arbeiterversammlung abzuhalten. Wird jeder der nun organisierten Kollegen seine Pläne tun, so wird auch hier die Gewerkschaftsbewegung reiten fassen, und die Erfolge werden nicht ausbleiben.

Kauf 5. Nürnberg. Am Sonntag, den 21. August fand hier eine gut besuchte Versammlung der Maurer statt, in welcher Kollege Peter aus Stuttgart über den Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften in leidenschaftlicher Weise referierte und dabei den Erfolg erzielte, das sich alle Anwesenden bis auf einen dem Verbande anschlossen. Bisher waren die Maurer im Zimmererstand organisiert, sie sind aber nach und nach alle ausgetreten, so daß in letzter Zeit keiner der Maurer organisiert war. Das ist in Kauf die Organisation sehr notwendig ist, soll an einem Beispiel dargelegt werden. In Kauf besteht nicht Stunden, sondern Tagelohn. Wenn ein Maurer eine Stunde später zur Arbeit kommt oder einen Tag zu verzögern hat, der in einer halben Stunde erlebt sein könnte, so kommt immer ein dritter Tag vom Lohn in Abzug. Auch müssen die Maurer an vier Tagen in der Woche noch elf Stunden arbeiten, ohne mit einem Penny mehr zu bekommen als an den übrigen zwei Tagen, an welchen nur zehn Stunden gearbeitet wird. Es wäre sehr zu wünschen, daß in möglichst kurzer Zeit sich alle Maurer von Kauf und Umgegend zum Verbande holen, um an diese elenden Verhältnisse die bessende Hand anlegen zu können.

Witten. Sonntag, den 21. August, tagte hier eine Mitgliederversammlung, die sich eines guten Besuches erfreute. Kollege Säul-Böken sprach über das Thema: „Warum organisieren sich die Arbeitnehmer?“ In seinem anberthümlichen Vortrage beleuchtete Niedner die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sowie die daraus entstandenen Unternehmensorganisationen, die die Arbeitnehmer immer mehr zum festen Baulammensklavus stößen, wenn sie nicht durch die Macht des Kapitals erledigt werden wollen. Im zweiten Punkte wurde darauf hingewiesen, daß trotzdem der Zweigverein noch jung ist, er bereits Erfolg gebracht hat. Darauf, daß目meiste sämtliche Kollegen sowie die Zimmerer dem Verbande angehören, ist für die Maurer und Zimmerer bestrebt, an Stelle des Tagelohnes, der Stundenlohn eingeführt; bei elfstündiger Arbeitzeit beträgt der Tagelohn 3,50, jetzt werden 36,- pro Stunde gezahlt; es ist somit ein Mehr verdient von 36,- pro Tag zu verzeichnen. Die Kollegen wünschten, diesen Lohn mit den Unternehmern vergleichbar festzulegen. Es wurde aber vorläufig davon Abstand genommen, den Unternehmern einen Fazit zu unterziehen, da noch bei einigen Unternehmern Kollegen arbeiten, die dem Verbande noch nicht angehören; auch soll die Frage mit erworben werden, welche Erfüllung des zehntägigen Arbeitstages für das nächste Jahr. Bei diesem Zweck soll Sonnabend, den 8. September, eine weitere Versammlung stattfinden. In „Fürcht“ „Ver einsammlungen“ wurde das Statut des Verbandes beschlossen.

Blanken 1. B. Mittwoch, 10. August, fand im „Schillergarten“ eine öffentliche Maurerversammlung statt, die von zirka 200 Kollegen besucht war. Zum ersten Punkt der Tagessordnung referierte Kollege Koch aus Leipzig über: „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Disziplin“. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vorlesungssicher Weise. Beim zweiten Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte bezüglich der Beitrags erhöhung zum Gewerkschaftskartell. Nachdem Kollege Bähnholz den Bericht der Kommission gegeben und die Stellung der Agitationskommission erläutert hatte, erfuhrte er die Kollegen, daß darüber auszusprechen und die Frage des Angesichts zu lassen: „Ist ein besoldeter Beamter oder ein Arbeitsschaffensrat für unsere Gewerkschaft von größerem Nutzen?“. Die meisten Kollegen sprachen sich dafür aus, daß wir unseren Beamten unter keinen Umständen entheben könnten, da sonst die Organisation am Ende, die man mit großer Mühe etwas in die Höhe gebracht hat, sehr zurückgehen würde. Würden wir den Beamten fallen lassen, so würde man sich ins eigene Fleisch schneiden. Kollege Förster war anderer Meinung; er sagte, die Maurer würden ihren Beamten am längsten gehabt haben, da sie die Mittel dazu nicht aufbringen könnten. Es wurde schließlich folgender Antrag angenommen: „Die heutige tagende Maurerversammlung beschließt, die Frage des Arbeitsschaffensrates wird so lange zurückgestellt, bis die Frage gestellt ist, ob ein unorganisierte Auskunft erhalten sollen.“ Kollege Förster stellte weiter den Antrag, daß Kollegen Förster einen anderen Delegierten in das Gewerkschaftskartell zu wählen und Förster das Mandat zu entziehen, da er öfter durch seine Quertriebereien die Interessen der Maurer nicht vertreten hat. Der Antrag wurde gegen vier Stimmen angenommen. Während einerlei beantragt wurde, die Wahl des Delegierten per Ablösung vorzunehmen, stellte Förster den Antrag auf gemeinsame Abstimmung. Die Kollegen wurden schließlich so umrufen, daß der Vorstande die Versammlung schließen müsse, um sie nicht vom Überwachen ausführen zu lassen.

Spremberg. Am 21. August fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Görbin über „Arbeit und Augen der Organisation“ sprach. Der im rechte schaulicher Weise gehaltene Vortrag wurde von der Versammlung mit der größten Aufmerksamkeit entgegengenommen. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die im Sinne des Referenten sprachen. Im „Beschluß“ wurden die Mißstände auf einige Bauten einer Befreiung unterzogen. So z. B. wurden auf einem zweistöckigen Neubau in der Berlinerstraße nur 10 bis 12 Geschäftsräume vorgesehen. Baubude und Abort sind gar nicht vorhanden, die Kollegen müssen ihr Handwerkzeug in einer Dornenhölle verstecken, um es gegen Diebstahl zu sichern. Auch kommt es öfter vor, daß der Unternehmer den Lohn in der Kneipe auszahlt, in die Maurer oft bis 9 Uhr Meldes auf ihr Geld warten müssen. Bei anderen Unternehmern sind ähnliche Mißstände vorhanden, besonders wird die tägliche zehntägige Arbeitzeit sehr oft überschritten. Wenn die Kollegen sich mehr um die Organisation kümmern, dann würde allerdings in mancher Beziehung Verbesserung geschaffen werden können, aber bei der Brutalität der Kollegen, die sich sogar in der guten Konjunktur geltend macht, ist dies nicht möglich. In nächster Zeit wird wieder eine Versammlung am Sonntag statt-

finden. Wir erwarten, daß alle Kollegen zu derselben erscheinen werden.

Stettin. Am 17. August hielt der Zweigverein seine Mitgliederversammlung in den Räumlichkeiten des Herrn Buchols ab. Vor Eintritt in die Tagessordnung wurde das Absehen des Kollegen Gustav Schatz in der öffentlichen Welt geschildert. Dann hielt Kollege Schauer einen erstaunenden Vortrag über unsere Organisation. Der Raftstetzer verabschiedete die Abrechnung zum zweiten Quartal. Da dieselbe von den Revisoren für richtig befunden wurde, erfolgte die Entlastung des Raftstetzers. Ferner erläuterte der Vorstande Bericht über die Bautenarbeiten, welche ergab, daß 77 Poliere, 928 Gesellen und 208 Lehrlinge auf den Bauten arbeiten. Das Unterhaltungsgehalt der Witwe eines Mitgliedes wurde berichtigung und ihr M. 20 bewilligt. Die vier Kollegen Hans Döse, Emil Park, Richard Jode und Emil Frey, welche in dem Betrieb „König“ zu niedrigen Stundenlohn arbeiten, wurden aus dem Verband ausgeschlossen. Der Vorstande gab noch bekannt, daß der Hauptvorstand bestätigt, einen Kasten für den Preis von 50,- herauszugeben. Dann folgte die Erledigung interner Angelegenheiten und hierauf Schluss der Versammlung.

Wiesbaden. Auch im Sauerlande füngt es unter den noch in tiefen Schlüpfen dahinterliegenden Arbeitern allmählich an zu bemerken. Eine, am 7. August abgehaltene öffentliche Maurerversammlung, die nach der sehr eifrigen Agitation einiger fremder Kollegen stattfand, konnte, und in der der Stauwirkerstab-Dortmund referierte, haie den Erfolg, daß noch mehr als 20 Kollegen zum Beitritt in die Organisation meldeben. Es wurde beschlossen, einen Zweigverein des Verbandes zu gründen, und Sonntag, den 21. August, das nähere festzulegen. In dieser Versammlung, in der der Kollege Leutze aus Dortmund eine äußerst einprägsame Bietschrift hielt, ließen sich gleichfalls 25 Kollegen aufnehmen. Als der Zweigverein konstituiert war, hatte derjenige der Gesellschaft ausführende Unternehmer, nichts Schlimmes zu tun, als seine „Poliere“ anzurufen, Leute zu entlassen. Es waren eigentlich Gründe, die hierzu vorlagen. Im ganzen Sommer sah es an Stelle des „Poliere“, es sollte wohl alle wieder einfallen, mehr (sieht kommt die Ende Ende), nicht mehr gehetzt und keine Lohnforderung gestellt würde. Natürlich doch für dieses Jahr. Nun war ja alles geregelt und die angekündigte Betriebsentschließung unterteilt. Der Unternehmer erklärte, die Entlassung wäre das Maschwerk der „Poliere“, es sollte wohl alle wieder einfallen, mehr (sieht kommt die Ende Ende), nicht mehr gehetzt und keine Lohnforderung gestellt würde. Natürlich doch für dieses Jahr. Nun war ja alles geregelt und die angekündigte Betriebsentschließung unterteilt. Der Unternehmer hat es eingesehen, daß es doch besser ist, im Frieden mit seinen Arbeitern zu leben. Also jetzt, nachdem die Maurer Frieden gemacht hatten, die Zimmerer rebellisch wurden, die verlangten eine Lohnherabsetzung, bequemte sich der Unternehmer dazu, die Vermittlung des ersten Vorstandes der anzuregen, dem es auch gelang, den Frieden wieder herzustellen, so daß die Zimmerer nach einer Lohnherabsetzung die Arbeit wieder aufnahmen. Kollegen, agitiert, heißt uns tätig bei unserem ehrlichen Bestreben, denn wir haben nichts zu fürchten. Wir sind hier vom Unternehmer amerikanisch als Organisation, mit der er verhandelt. Lebt Euch also durch nichts abhalten, weiter zu agitieren. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 4. September statt.

Wohlaub. Am Sonntag, den 14. August, fand hier die erste Bauhandwerkerversammlung statt, die ebenfalls war von circa 90 Personen besucht. Kollege Menze - Dresden sprach über: „Arbeit und Augen der Bauhandwerkerverbände“. Menze erläuterte den Kollegen ihre kriegerische wirtschaftliche Lage, kritisierte die in Strehla (den Arbeitsort der hiesigen Kollegen) üblichen niedrigen Löhne. Es werden bei zehntägiger Arbeitzeit 26,- pro Stunde gezahlt. Nachdem er noch auf die diesjährige Erfolge im Bau Dresden hingewiesen hatte, schloß er seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Kollegen, sowohl und sonderlich dem Maurerverbande anzuschließen. 20 Kollegen folgten dieser Aufforderung und wurden Mitglieder. Wenn nun auch die Kollegen im Wohlaub und Umgegend ihr Versprechen halten und täglich neue Mitglieder werden, dann blühten kurze Zeit kein unbefriedigender Maurer mehr vor den Händen sein. Die Kollegen würden sich dann auch bald in einer Schöpfung des Lobes und Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen bemühen machen. Eine Lohndifferenz von 8,- pro Stunde zwischen Riesa und Strehla wurde zur Unmöglichkeit. Darum muß die Parole auch der Wohlauber Kollegen sein: Fort mit der bisherigen Gleichgültigkeit, hinein in den Verband der Maurer Deutschlands.

Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 21. bis 27. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Bösen M. 800, Stettin 800, Bützow 600, Spandau 500, Altona 500, Nowawes 400, Breslau 400, Lehnitz 350, Güterhof 200, Biele (Bismarckstrasse) 150, Magdeburg 100, Halbe 100, Hermsdorf 100, Handelskasse 100, Mohrmühl 100, Summa M. 5200.

Zuläufe erhielten: Güterhof a. Wbg. M. 100, Mölln 1. Bwg. 50.

Summa M. 150.

Altona, den 27. August 1904.

Karl Reiss, Hauptstafette, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Ansätze, Arbeitsschutz, Subventionen etc.

Spandau. Montag, den 22. August, wurde ein Arbeiter an dem Neubau der Reichskanzlei, als er eine Brücke Stein vom Bod aufzunehmen wollte, von einem Steinbagger an den Steinplatte gequetscht, wobei er so starke Verletzungen erlitt, daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Da sein Zustand sich aber verschärft, mußte er am anderen Tage dem Krankenhaus aufgeführt werden.

Brüssel. Am 22. August war der Maurer Hermann Heinrich im zweiten Stockwerk des Neubaus Eichendorffstraße 51 mit dem Anbringen von Fensterrahmen beschäftigt,

wobei die Leiter, auf der er stand, plötzlich ausrutschte, so daß Heinrich auf die Straße stürzte und dort regungslos liegen blieb. Ein herbeiliegender Arzt konnte nur den sofort eingetretenen Tod feststellen. — Ein anderer Bauunfall, den den Tod eines Menschen zur Folge hatte, ereignete sich am Sonnabend, den 20. August. Nachmittags, auf der Körnerstraße, Es brach in einem Seitenraum des Neubaus Nr. 24/26 die Benutzecke der zweiten Etage durch und durchschlug die Benutzecke der ersten Etage und dann das Kellergewölbe. Zur Zeit des Einschlusses befand sich im zweiten Stock der Arbeiter Josef Panitz, im ersten Stock der Arbeiter Edwin Kempe. Beide wurden mit in die Tiefe gerissen und unter den Trümmer verschüttet. Ein Maurer zog die beiden Verunglückten abwärts unter den Trümmer. Panitz hatte nur leichte Verletzungen erlitten und begab sich in das Wenzel-Hansche-Krankenhaus, um sich verbinden zu lassen. Kempe dagegen hatte schwere Verletzungen erlitten, so daß an der Unfallstelle gerufenen Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Von dem Betriebsgesellschafter Hugo Bönnig, das die Benetzung in dem Neubau ausgeführt hatte, wird bürgerlichen Blättern über den Unfall mitgeteilt, daß sich infolge seitlichen Rückwärtsfalls des Gebäudes unterworfene Märtindrohnen vom ihrem Aufstieg losgelöst hätten und heruntergerutscht wären. Ob diese Darstellung richtig ist, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben.

Görlitz. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich Donnerstag, den 25. August, Morgens 84 Uhr, am Bau des neuen Wasserwerks, an der Bonnstraße, der vom Unternehmer W. Scheibl ausgeführt wird. Es waren dort mehrere Kollegen damit beschäftigt, einen größeren Steinblock herauszuziehen, zu diesem Zweck hatte man ein hohes Gerüst hergestellt und oben ein Seil angebracht, das auf zwei darüber gelegte T-Eulen lief; man hatte aber diese Eulen nicht verbolt, um das Untersetzen zu verhindern. (Somit gebrauchte man statt der T-Eulen ein vollständiges Schienensystem). Als nun der Stein hochgezogen war und auf den dafür bestimmten Platz geworfen sollte, rutschte die zwei T-Eulen um und der Stein stürzte aus einer Höhe von 5 m in die Tiefe. Der Maurer Jäger, der sich auf dem Gerüst befand, stürzte ebenfalls mit dem Stein ab und verletzte sich so schwer, daß nach einer halben Stunde der Tod eintrat; außerdem wurden noch ein Maurer schwer und einer leicht verletzt, so daß sie im Krankenhaus untergebracht werden mußten. Als der Vertrauensmann Mittags, um 11 Uhr nach der Unglücksstelle gerufen wurde, fand er den verunglückten Kollegen noch auf der Baustelle vor. Ware hier die nötige Vorsicht gebraucht und hätte man den Leuten genugende Zeit gelassen, ein ordnungsgemäßes Gerüst herstellen zu können, so wäre der traurige Fall sicher vermieden zu werden.

Chemnitz. Donnerstag, den 25. August, erlitt der Maurer Wilhelm Memeyer auf dem Bau der städtischen Gasanstalt einen Unfall. Memeyer war mit dem Hauzischen von gucksernen Schiebern beschäftigt. Beim Auftreten derselben tat er einen Schritt und fiel circa 5 m auf eine Wagendeichsel und brach sich den Arm und verletzte sich das Bein. Hätte man die Luke für die Aufzugsvorrichtung zugedeckt, so wäre der Unfall vermieden worden. Die Unterlassung dieser Schutzmäßregel ist auf die Treiberei des aufzügelführenden Aufzüfers und der Unfall, somit auch auf dessen Kontrolle zu schreiben. Die Betriebsgenossenschaft scheint sich wenig um das Gerät der Bauten zu kümmern, denn man bekommt einen technischen Aufzugsbeamten kaum zu sehen. Nach der Baubuden und Worte könnte sich die Hamelner Polizei besser annehmen. Im vorigen Jahre wurden sie regelmäßig rezipiert, dieses Jahr sieht man gar keinen Polizeibeamten; die Baubuden und Worte sind auch danach. Würde ein Maurer oder Arbeiter Anzeige erstatte, so wäre für ihn das Strafverfahren sicher.

Witten. Am Dienstag, den 26. August, erlitt der Maurer August Böhlmann auf dem Bau der Unternehmer Bünneburger & Krämer einen Unfall. Böhlmann war mit dem Hauzischen von gucksernen Schiebern beschäftigt. Beim Auftreten derselben tat er einen Schritt und fiel circa 5 m auf eine Wagendeichsel und verletzte sich das Bein. Hätte man die Luke für die Aufzugsvorrichtung zugedeckt, so wäre der Unfall vermieden worden. Die Unterlassung dieser Schutzmäßregel ist auf die Treiberei des aufzügelführenden Aufzüfers und der Unfall, somit auch auf dessen Kontrolle zu schreiben. Die Betriebsgenossenschaft scheint sich wenig um das Gerät der Bauten zu kümmern, denn man bekommt einen technischen Aufzugsbeamten kaum zu sehen. Nach der Baubuden und Worte könnte sich die Hamelner Polizei besser annehmen. Im vorigen Jahre wurden sie regelmäßig rezipiert, dieses Jahr sieht man gar keinen Polizeibeamten; die Baubuden und Worte sind auch danach. Würde ein Maurer oder Arbeiter Anzeige erstatte, so wäre für ihn das Strafverfahren sicher.

Wittenberge. Am 15. August stürzte der Maurer Rabe durch eine Öffnung der sonst abgedeckten Balkenlage in den Keller eines Neubaus und erlitt einen Rippenbruch und eine Verletzung des Armes. Die Ursache des Unfalls ist wohl in einem Fehlritt des Verunglückten zu suchen. Die Betriebsgenossenschaft scheint sich wenig um das Gerät der Bauten zu kümmern, denn man bekommt einen technischen Aufzugsbeamten kaum zu sehen. Nach der Baubuden und Worte könnte sich die Hamelner Polizei besser annehmen. Im vorigen Jahre wurden sie regelmäßig rezipiert, dieses Jahr sieht man gar keinen Polizeibeamten; die Baubuden und Worte sind auch danach. Würde ein Maurer oder Arbeiter Anzeige erstatte, so wäre für ihn das Strafverfahren sicher.

Worms. Am 26. August stürzte an einem Neubau der Gebr. Ruth in der Ludwigstraße ein im ersten Stockerrichter Erfer ein und nahm den Polier, dessen Sohn und den Verbandskollegen Georg Kils mit in die Tiefe. Der Polier erlitt nur leichte Verletzungen, aber sein Sohn und seiner Verbandskollege wurden so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. An diesem Tag ist rückwärts kein Gerät zu sehen, es wird alles über die Hand gemacht. Aber so ist es an den meisten Bauten. Die Schutzbürokratie hängt an der Arbeitsstelle an, sie werden aber nicht begleitet. Baupolizei sieht man das ganze Jahr nicht oder doch nur höchst selten. Daß solche Maßnahmen noch bestehen können, liegt an der höchst mangelfreien Organisation der hiesigen Maurer.

Gewerbliche Rechtsprechung und Arbeiterversicherung.

Vom Kampf um die Rente.

Von Johannes Heiden, Frankfurt a. M.

Das Wort vom „Kampf um die Rente“ ist nach den Behauptungen aller Robebner der deutschen Arbeiterversicherung ein sozialdemokratisches Schlagwort, erfunden von gewissenlosen Gebern, um Unzufriedenheit und Gefährlichkeit wadzurufen und zu erzielen. Wer aber Tag für Tag die Schwierigkeiten sieht, die sich damals verlegten Arbeitern entgegenstellen, der für die Beschädigung seiner Glieder und Gesundheit Rente beansprucht; wenn jeden Tag wahrnehmen muß, wie oft Unrecht dem Arbeiter widerfährt, nicht, weil er nicht im Recht ist, sondern weil er sein Recht nicht beweisen kann; der muß das Wort vom „Kampf um die Rente“ nicht als ein Schlagwort ansehen, sondern als die Bezeichnung eines Zusammensetzung, mit dem sich Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und Gleisversicherungsamt fortwährend beschäftigen.

müssen. Es stehen sich eben im Streit um Bevollmächtigung und Höhe der Rente zwei Parteien gegenüber, deren wirtschaftliche Position ganz verändert ist. Auf der einen Seite die Berufsgenossenschaft, die durch ihre reichen Mittel sich mit Hilfe eingeborener ärztlicher Gutachten alle für sie günstigen Rente beschaffen kann und der die Behörden bei allen Beschlüssen hilfreich zur Seite stehen, und auf der anderen Seite der mittellose Arbeiter, der gewöhnlich von seinen Verträgen nichts weiter hat als Behandlung, selten aber einen Vertrag im Streit mit der Berufsgenossenschaft, und dem sowohl die gesetzlichen Bestimmungen unbefriedigt sind, wie es ihm auch im Verlehr mit Behörden an Erfahrung und Gewandtheit fehlt. In den Sälen der deutschen Arbeiterschaft liegen zahlreiche Akten, die das Wort vom Kampf um die Rente treffend illustrieren. Das aus ihnen verhältnismäßig leitendes einst am die Deutschenheit bringt, ist sehr bedeutsam. Es liegt wohl daran, daß es am Zeit mangelt und daß die Beamten der Arbeiterschaft durch die tägliche Gewöhnung das als selbstverständlich hinnehmen, was doch alle als Unrecht empfinden. Wir wollen in den folgenden Seiten den Kampf eines Arbeiters schildern, der zwei Jahre prozessieren mußte, bis ihm endlich sein Recht wurde. Wenn man nun vielleicht entgegenhalten sollte, daß es doch immer Ausnahmefälle seien, so entgegen wir darauf, daß diese Fälle typisch sind für das Verhältnis der Gewerkschaften, den Arbeitern die Erlangung der Rente recht schwierig zu machen; sehr oft erlahmen Energie und Ausdauer des Arbeiters zu früh, und er gibt den Kampf ums Recht auf.

Der Maurer L. aus W. erhielt im August 1901 eine Verkündung des Unteren Rentenamtes, die ihn bis in das Frühjahr 1902 an jeder Arbeit hinderte. Die Berufsgenossenschaft, die handelt ist um die Sektion I der Hessischen Staatsbank, Baugewerbe-Berufsgenossenschaft —, deren Entschädigungspflicht mit 22. November 1901 eintrat, gewährte über dem damals noch ganz erwerbsfähigen Mann nicht die Vollrente, sondern nur eine Rente von 50 p.M. Daß L. noch absolut arbeitsfähig war, mußte sie selbst dadurch zeigen, daß sie ihn in eine medico-medizinische Heilanstalt einführte, um die Geisteskrank zum Abschluß zu bringen. Selbstverständlich war die Behandlung von so wesentlichen Erfolge, daß L. nach einer Kur von drei Wochen entlassen werden konnte und nach Wohnung des Arztes Dr. Stoffel in Wiesbaden, von Bejährenen, nicht noch wenig geplagt wurde. Als Entschädigung erhielt er nun eine Rente von 25 p.M., was bei seinem Verdienst monatlich M. 15,50 ausmachte. L. war hiermit nicht zufrieden, sondern erhob Verjährung an das Schiedsgericht in Wiesbaden und beanspruchte 40 p.M. Rente weil die Hand sowohl im Gelenk gleichzeitig steif und der Daumen ganz unverwundbar sei. Das Schiedsgericht erachtete aber in seinem Urteil vom 9. Mai 1902 die Rente von 25 p.M. als durchaus angemessen. Der Widerfuß und überwunden die ganze Verhandlung vor dem Schiedsgericht, die durchaus seiner Erwartungen von eingebender gründlicher Verhandlung nicht entsprochen hatte, hatte dem Maurer aber allen Nutzen genommen, und er konnte sich zur Erzielung des Refusus an das Reichsversicherungsamt nicht entziehen. Eine Besserung trat aber nicht ein, vielmehr traten in verstärktem Maße Schmerzen auf, so daß L. sich im November 1902 wieder an die Berufsgenossenschaft wenden mußte, ihm Vollrente zu zahlen, da er absolut nicht arbeiten könnte, vielmehr ärztlicher Behandlung bedurfte. Zur zweiten Rente wurde ihm auch wirtschaftlich die Vollrente gezahlt, dann wurde er aber wieder ins Spital vermischt. Nach der Entlassung — Februar 1903 — wurde die Rente auf 40 p.M. gefestigt, und zwar nach dem Gutachten des Chefarztes des Spitals L. verlangte 60 p.M. Rente, da die Hand völlig steif und der Arm angemessen sei, also zu keiner Arbeit verbraucht werden könne. Seine Anträge entbrachten durchaus den ärztlichen Gutachten, denen er allerdings im Zermor vor dem Schiedsgericht bestimmt wurde. Ausdem wurde durch Urteil des Schiedsgerichts zu Wiesbaden vom 9. Juni 1903 die Verjährung des L. verworfen. Der Refusus an das Reichsversicherungsamt, von L. dieses Mal ergriß, hatte sowohl Erfolg, daß ihm mit Urteil vom 17. November 1903 eine Rente von 50 p.M. zuerkannt wurde. Man sollte meinen, daß die „wohlwollende“ Berufsgenossenschaft nur nichts Eligeres zu tun gehabt hätte, als die erhöhte Rente schweigend zu bezahlen. Doch weit gefehlt. Das Urteil des Reichsversicherungsamts war zwar vollstrechbar und rechtskräftig und mußte so lange rezipiert werden, bis es im ordnungsmäßigen Prozeßweg ausgehoben war, wozu die Ausichten allerdings sehr zulast für die Genossenschaft waren. L. der sehnlichst auf die Nachahmung seiner Rente vom höchsten Gerichtshofe angewünschte Rente wartete, erhielt in der zweiten Hälfte des Januar (also zwei Monate nach Fällung des Urteils) nicht sein Geld, nein, einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Ein Nachbar, mit dem L. verfeindet war, hatte an die Genossenschaft geschrieben, daß er alle Nebel- und Waldarbeiten mache und einer hohen Rente nicht bedürfe. Dieser Brief sollte die Grundlage des Wiederaufnahmeverfahrens sein. Das Gesetz läßt die Wiederaufnahme eines rechtsträchtig beendeten Prozesses, zwar nur zu, wenn eine „Urtur“ aufgefunden wird, die eine günstigere Entscheidung herbeigeführt haben würde; es konnte also im vorliegenden Fall von vornherein ein Zweifel darüber nicht entstehen, daß dieser Antrag absolut aussichtslos sei, was denn auch in einem längeren Schriftsatz, der auf dem Frankfurter Arbeiterschrein für L. gerichtet wurde, ausführlich wurde. Trotzdem befürzte die Genossenschaft auf ihrem Antrage bis zum Termin, der erst für den 1. Juni d. J. bestimmt war. Ihr Vertreter, der Vorsitzende a. D. Dr. Brandis, möchte dann doch wohl eine so aussichtslose Sache nicht vertreten, und zog den Antrag zurück, berührte sich auch, dem Berater des Käfigers M. 8 Kosten zu ersparen. Wenn Arbeiter, deren Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen doch in der Regel geringer ist, mit einer so absolut aussichtslosen (aus formellen Gründen) Sache das Reichsversicherungsamt beauftragen würden, so könnte man sicher sein, von Nachdruck sprechen zu können. Das Unglaubliche aber war, daß die Berufsgenossenschaft sich monatlang um das Urteil des Reichsversicherungsamts vom 17. November 1903 gar nicht kümmerte. Brief auf Brief um Zahlung der rechtsträchtig festgestellten Rente wurde geschrieben, endlich nach einem Vierteljahr, am 22. Februar 1904, bestimmt beim Reichsversicherungsamt mit,

dass es Verhandlungen über die Beschwerde eingeleitet habe, und am 11. Mai 1904, also fast sechs Monate nach Erlass des Urteils, schrieb das Reichsversicherungsamt dann folgendes an L.:

Auf die Beschwerde vom 22. Februar 1904.

Nach einem Berichte des Vorstandes der Hessischen Raiffeisen-Berufsgenossenschaft ist die Ihnen vom Reichsversicherungsamt zuerkannte Rente, mit dem 8. Mai 1904 zur Auszahlung der S. angekündigt worden. Ihre Beschwerde ist damit erledigt.

Mit 2½ Jahren nach dem Unfall hat der Verletzte einen vorläufigen Abschluß seines Rentenbestandes erzielt. Sein Sohn wiederum, dem die Berufsgenossenschaft hat die Rente mit 30 p.M. herabgesetzt, auf welcher Herabsetzung sich natürlich wieder ein langer Prozeß anschließt wird, definiert erster Teil in nächster Zeit vor dem Schiedsgericht seinen Abschluß finden wird. Wir haben den Fall mit Bedacht recht ausführlich geschildert; er zeigt, welche Schwierigkeiten den Verletzten gemacht werden, und welche Gebuld und Ausdauer es bedarf, um zum Erfolg zu kommen. Er zeigt aber weiter auch, wie die Berufsgenossenschaften in der Erfüllung ihrer Pflichten, die Ihnen nicht rücken, — langsam sind. Hieran wird auch trotz aller Müßigkeit des Reichsversicherungsamts nichts geändert werden, da nicht die Arbeiter Einschluß auf die Geschäftsführung gewinnen. Diesen zu fordern, müssen sie nicht müde werden; die Gründe, mit denen man den Ausstausch der Arbeiter von der Verkürzung der Berufsgenossenschaften rechtfertigt, sind absolut nicht stichhaltig. Nicht die Unternehmer zahlen die Beiträge zur Unfallversicherung aus ihrer Tasche, sondern sie verwenden einen Teil des Lohnes zur Deckung der Versicherungslasten.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1903.

Zum Zwecke der Durchführung der Unfallversicherung bestanden im Jahre 1903: 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit circa 578 884 Betrieben und 7.111 537 versicherten Personen, 45 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit 4 688 457 Betrieben und 11 189 071 versicherten Personen; außerdem 487 vertriebene Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalauflösungsbetrieben mit circa 793 150 versicherten Personen. Die Zahl der Gewerbebetriebe und der darin beschäftigten Personen hat sich gegen das Vorjahr nicht unerheblich vermehrt, während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe vermindert hat.

Alle Betriebe und Versicherungen unterstehen in oberster Instanz dem Reichsversicherungsamt, dessen Geschäftsbereich auch heuer wieder in erweitertem Umfang vorliegt.

Was in diesem nun zunächst den Hauptabschnitt, die Unfallversicherung, anbelangt, so betrug nach einer vorläufigen Ermittlung des Reichsversicherungsamts die Zahl aller bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalauflösungsbetrieben im Jahre 1903 zur Annahme gelangten Unfälle 502 421, 41 718 mehr als im Jahre 1902.

Bon diesen 500 421 Unfällen wurden 180 661 erstmals entzögigt, insgesamt sind an Entzögigungen (Rente an Verletzte und deren Angehörige und Hinterbliebene) im Jahre 1903 M. 118 381 809 ausbezahlt worden (1902 M. 107 443 826) und waren als Empfänger 908 160 Personen beteiligt (1902 884 568 Personen).

Während die Rentenziffern seit 1885, dem Jahr des Entstehens der Unfallversicherung, durchschnittlich jährlich um circa 8 Millionen Mark gestiegen sind, betrug die Steigerung im berichtenen Jahr fast 11 Millionen Mark, so daß es angedacht ist, ungeheure Wachstum dieser Ziffern, welche mit der Vermehrung der Betriebe und der Versicherungen in keinen Weise in Gang zu bringen ist, nicht mehr als billig ist. Vor schrift, welche dem Rechnung tragen, sind jetzt mit einer Annahme von allen gewerblichen Berufsgenossenschaften erlassen worden.

Mit dem Erlass von Vorschriften ist jedoch den Arbeitern in keiner Weise geboten; es ist genug bekannt, daß sich ein großer Teil der Unternehmer an diese gar nicht lehrt. Soll eine Berringerung in der Zahl der überall und fortwährend vor kommenden Unfälle eintreten, so ist für bessere Überwachung der Betrieb und strengere Bestrafung der den Vorschriften zu widerhandelnden Unternehmer zu sorgen.

Das umständliche Verfahren bei der Auszahlung der Rente und die Belästigung der Rentenempfänger bleibt zunächst bestehen, da die Verhandlungen über die Gleichsetzung der Rentenauszahlungen und über die Vereinfachung des Geschäftsverkehrs der Versicherungssträger mit den Postverwaltungen jetzt zu seinem endgültigen Ergebnis geführt haben. Den Angehörigen des Königreichs der Niederlande bleibt einem Beschluss des Bundesrates vom 26. Juni 1903 aufgabe der Fortwegung der Unfallversicherung und der Anspruch auf Hinterbliebenenrente auch dann gestoppt, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren. Dasselbe ist ja bekanntlich schon seit längerer Zeit bei den österreichischen Staatsangehörigen der Fall.

Von Seiten der Versicherungssträger sind im Jahr 1903

347 830 berufsfähige Betriebe (hierzu 176 883 an Grund

für gewerbliche Unfallversicherungsgesellschaften) erlassen worden.

Auf je 100 berufsfähige Betriebe entfallen 21,92 (Vor-

jahr 21,82) in gewerblichen und 18,17 (Vorjahr 18,23) in

land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsfächern anhangende gemittelte Renditionen.

Von Seiten des Schiedsgerichts wird erklärt, daß die Zahl der eingegangenen Verurteile und Anträge erheblich gestiegen sei, bei einzelnen hat sich jedoch auch eine geringe Abnahme gezeigt.

Das Reichsversicherungsamt scheint eine besondere Umfrage darüber gehalten zu haben, ob die Zahl der unbegründeten Verurteile im Verhältnis zu den begründeten zugemessen hat; den Neuerungen der Schiedsgerichte hierüber kommt ein Beweis hierfür nicht entnommen werden, denn nur vereinzelt sind sie über offensichtlich unbegründete oder frivole Verurteile bestellt. Die Zunahme der Verurteile und Anträge wird darauf zurückgeführt, daß die Zahl der Versicherungen infolge der Ausdehnung der Versicherung gestiegen ist, ferner auf das fortwährende Bekanntwerden der Versicherungsgesetzes, auf die Kostenlosigkeit des Verfahrens und die Tätigkeit der Polizeibureau und Medizinstationen. Im Jahre 1902 noch lagten die Schiedsgerichte vielfach über die ungerechtfertigten Anträge und Verurteile, die sie legten fehlten diesmal ganz; es scheint sich demnach im

vergangenen Jahr in seinen Kreisen über diesen Punkt eine andere Meinung gebildet zu haben.

Von den Befürwortern der Schiedsgerichte wird hervorgehoben, daß sie mit Verständnis und Eifer an den Verhandlungen teilnehmen und zur richtigen Beurteilung des Einzelfalls nach den Verhältnissen des allgemeinen Arbeitsmarktes beitragen. Niemals aber nicht!

Die Zahl der beim Reichsversicherungsamt abhängig gemachten Reklamationen betrug im Jahre 1903 15 625 (gegen 14 107 im Jahre 1902 und 12 418 im Jahre 1901). Dies bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr um 10,76 p.M., welche zu einer zum Teil auf die Vermehrung der Versicherungen zu einem anderen Teil jedoch auch auf die dem Reichsversicherungsamt des öfteren widersprechenden Urteile der Schiedsgerichte zurückzuführen.

Bon den eingegangenen Reklamationen waren im Berichtsjahr 76,0 p.M. (1902 76,8 p.M.) auf Grund der Gewerbeauflösungsgesetze, 24,0 p.M. (1902 23,7 p.M.) auf Grund der Unfallversicherungsgesetze für Land- und Forstwirtschaft eingezogen. In 367 (1902 330) Fällen ist Reklamation von beiden Seiten gegen ein und dasselbe Schiedsgerichtsurteil eingezogen worden. Die Reklamationshäufigkeit betrug bei den Versicherungen 22,11 v. H., bei den Berufsgenossenschaften 7,11 v. H. Im Vergleich zum Vorjahr ist sowohl seitens der Versicherungen, als der Berufsgenossenschaften die Reklamationshäufigkeit etwas geringer geworden (1902 betrug die Reklamationshäufigkeit bei den Versicherungen 22,61 p.M., bei den Berufsgenossenschaften 8,11 p.M.).

Am Schluß des Jahres 1902 waren unterlegt 5895 Reklamationen, neu eingezogen wurden von den Versicherungen 11 888, von den Berufsgenossenschaften 11 787 Reklamationen. Am Schluß des Jahres 1903 waren noch 3643 Reklamationen der Versicherungen und 1649 Reklamationen der Berufsgenossenschaften zu erledigen. Durch Urteil wurden 9505 Reklamationen erledigt, und zwar von den Reklamationen der Versicherungen 7238 = 77,1 p.M. durch Bestätigung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils und 2180 = 22,9 p.M. durch Änderung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils erledigt.

Im allgemeinen lag den durch Urteil erledigten Reklamationen in fast der Hälfte der Fälle zu Grunde, ob der § 88 des Gewerbeauflösungsgesetzes oder die entsprechenden Paragraphen der übrigen Unfallversicherungsgesetze anwendbar waren. In 1430 Fällen wurde der Zusammenhang zwischen Berufsgenossenschaft und der Erwerbsunfähigkeit von den Versicherungen und der Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters bestreiten, in 824 Fällen wurde bestreiten, daß ein Betriebsunfall überhaupt vorliege, in 814 Fällen, ob der Unfall ermischt sei, in 2752 Fällen war der Grab der Erwerbsunfähigkeit der strittige Punkt. Eine erhebliche Steigerung der Erfolgsziffer ist bei den Reklamationen der Berufsgenossenschaften eingetreten, während die Versicherungen wie gewohnt wieder schlecht abschließen haben.

Auffallend ist die hohe Zahl der unterlegten gebriebenen Reklamationen. Von den Reklamationen der Versicherungen müssen 5543, von denjenigen der Berufsgenossenschaften 1849 ins neue Jahr übernommen werden; außerdem sind noch 191 Reklamationen aus dem Jahre 1902 vorhanden. Auch wenn die im letzten Viertel des Jahres 1903 eingelassenen 4211 Reklamationen der Versicherungen und der Berufsgenossenschaften abgerechnet werden, bleibt noch eine sehr hohe Ziffer unterlegter Fälle, daß den Arbeitseifer des Reichsversicherungsamtes der strittige Punkt. Eine erhebliche Steigerung der Erfolgsziffer ist bei den Reklamationen der Berufsgenossenschaften eingetreten, während die Versicherungen wie gewohnt wieder schlecht abschließen haben.

Auffallend ist die hohe Zahl der unterlegten gebriebenen Reklamationen. Von den Reklamationen der Versicherungen müssen 5543, von denjenigen der Berufsgenossenschaften 1849 ins neue Jahr übernommen werden; außerdem sind noch 191 Reklamationen aus dem Jahre 1902 vorhanden. Auch wenn die im letzten Viertel des Jahres 1903 eingelassenen 4211 Reklamationen der Versicherungen und der Berufsgenossenschaften abgerechnet werden, bleibt noch eine sehr hohe Ziffer unterlegter Fälle, daß den Arbeitseifer des Reichsversicherungsamtes der strittige Punkt. Eine erhebliche Steigerung der Erfolgsziffer ist bei den Reklamationen der Berufsgenossenschaften eingetreten, während die Versicherungen wie gewohnt wieder schlecht abschließen haben.

Der Unterschied zwischen der Annahme der Berufsgenossenschaften und der Gewerbeauflösungsgesetze oder die entsprechenden Paragraphen der übrigen Unfallversicherungsgesetze anwendbar waren. In 1430 Fällen wurde der Zusammenhang zwischen Berufsgenossenschaft und der Erwerbsunfähigkeit von den Versicherungen und der Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters bestreiten, in 824 Fällen wurde bestreiten, daß ein Betriebsunfall überhaupt vorliege, in 814 Fällen, ob der Unfall ermischt sei, in 2752 Fällen war der Grab der Erwerbsunfähigkeit der strittige Punkt. Eine erhebliche Steigerung der Erfolgsziffer ist bei den Reklamationen der Berufsgenossenschaften eingetreten, während die Versicherungen wie gewohnt wieder schlecht abschließen haben.

Der Unterschied zwischen der Annahme der Berufsgenossenschaften und der Gewerbeauflösungsgesetze oder die entsprechenden Paragraphen der übrigen Unfallversicherungsgesetze anwendbar waren. In 1430 Fällen wurde der Zusammenhang zwischen Berufsgenossenschaft und der Erwerbsunfähigkeit von den Versicherungen und der Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters bestreiten, in 824 Fällen wurde bestreiten, daß ein Betriebsunfall überhaupt vorliege, in 814 Fällen, ob der Unfall ermischt sei, in 2752 Fällen war der Grab der Erwerbsunfähigkeit der strittige Punkt. Eine erhebliche Steigerung der Erfolgsziffer ist bei den Reklamationen der Berufsgenossenschaften eingetreten, während die Versicherungen wie gewohnt wieder schlecht abschließen haben.

Die Zahl der Reklamationen in Beitragserstattungsfällen hat im Berichtsjahr wiederum eine nicht unerhebliche Ziffer erreicht, sie liegt von 1979 im Jahre 1902 auf 1557 im Jahre 1903. Durch förmlichen Bescheid oder Zurücknahme wurden 1827 = 87,9 p.M. erledigt (im Vorjahr 1076), während 182 = 12,1 p.M. unterlegt blieben. Von dem gemäß § 42 des Unfallversicherungsgesetzes (Beitragserstattung bei Heirat) eingereichten Gedanken wurde 79 stattgegeben und 480 zurückgewiesen, gemäß § 42 (durch Unfall hauende Erwerbsunfähige) erlassen worden.

Die Zahl der Reklamationen in Beitragserstattungsfällen hat im Berichtsjahr wiederum eine nicht unerhebliche Ziffer erreicht, sie liegt von 1979 im Jahre 1902 auf 1557 im Jahre 1903. Durch förmlichen Bescheid oder Zurücknahme wurden 1827 = 87,9 p.M. erledigt (im Vorjahr 1076), während 182 = 12,1 p.M. unterlegt blieben. Von dem gemäß § 42 des Unfallversicherungsgesetzes (Beitragserstattung bei Heirat) eingereichten Gedanken wurde 79 stattgegeben und 480 zurückgewiesen, gemäß § 42 (durch Unfall hauende Erwerbsunfähige) erlassen worden.

Damit waren 88,5 p.M. der auf § 42, 88,1 p.M. der auf § 43 und 89,1 p.M. der auf § 44 des Unfallversicherungsgesetzes geführten und mit dem Rechtsmittel der Beschwerde verfolgten Ansprüche als unbegründet oder als verspätet zurückgewiesen.

Von Seiten der Versicherungen sind im Berichtsjahr aus Ablehnung oder Aussichtung des Heilbehandlungsmaßnahmen 18 11 p.M. des Unfallversicherungsgesetzes wieder zahlreiche Beschwerden an das Reichsversicherungsamt gestellt. Da daselbst eingetragene Versicherungsanstalten hat, kommt eine zärtliche Prüfung, ob und in welcher Art eine Heilbehandlung der Versicherungen durch seitens der Versicherungsanstalten zu übernehmen sei, nicht vorgenommen werden. Von verschiedenen Versicherungsanstalten wurden durch Verhinderung des Reichsversicherungsamts Anträge an den Bundesrat gestellt, welche auf § 45 des Unfallversicherungsgesetzes Anwendung haben.

